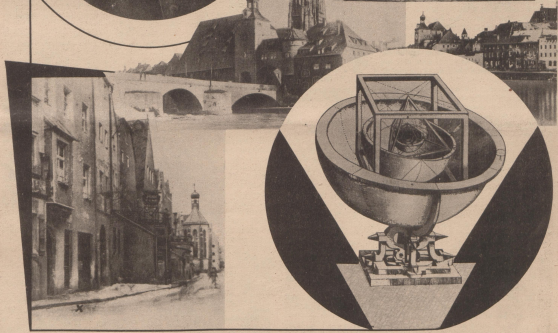


# Der Heimatdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Ministerialrat Dr. Gehle, Wirtschaftspolitik; Die Reichs-  
hochschule I; Hans Dominitz, Johannes Kepler; Dr. H. Schwendemann,  
Neue Frankreichsliteratur; Prof. Dr. Emil Douifot, Zehn Jahre Deutsche  
Hochschule für Politik. — Das Zeitgeschehen: Gefahrenminderung im Bergbau.

In Kommission:  
Zentralverlag G.m. Berlin W 35  
H. D. H.  
Halbjährlich 3,00 Mark, jährlich 7,20 Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



Johannes Kepler, gestorben 1630

Sterbehäus in Regensburg

Geburtsöhaus in Wellberstadt

# Wirtschaftspolitik.

Von Ministerialrat Dr. Fehler.

I. Mehr als in Zeiten ruhiger Entwicklung ist in Not und Krise die Wirtschaftspolitik des Staates von ausschlaggebender Bedeutung. Drum ist sie dann teils die Hoffnung schwer lebender Erwerbsstände, teils der Gegenstand heftiger Angriffe. Jedenfalls wird sie von der breitesten Öffentlichkeit mit hohem Interesse verfolgt.

So erscheint es zweckmäßig, über Grundlagen, Ziel und Anwendungsformen der Wirtschaftspolitik in der Tagesgeschichte kurz zu berichten.

II. Der Erwerbsinn ist der starke Motor des wirtschaftlichen Lebens, der, mit Milchsäure und Geschäftlichkeit gepaart, den einzelnen heraushebt aus der Masse der ihm Gleichgestellten, der auf menschlichen und organisatorischen Fortschritt drängt, der manchmal vor dem Einbruch in fremde Wirtschaftssphären nicht zurückerschreckt und den Diktären ihre Gepräge und ihren Erfolg im Kampfe um die Güter dieser Erde gibt. Wer den Erwerbsinn in diesen vielfältigen Formen erfasst, der kann die Wirtschaftsgeschichte der modernen Staaten verstehen und kann ein Bild gewinnen von der Wirtschaftspolitik des eigenen Volkes.

Diese Wirtschaftspolitik hängt entscheidend davon ab, wie sich die öffentliche Gewalt zur Bekämpfung des Erwerbsinns des einzelnen stellt. Käuft sie ihm die volle wirtschaftliche Freiheit über sich, schränkt sie diese ein und in welchem Grade? Mit der vollen wirtschaftlichen Eigentum an allen wirtschaftlichen Gütern. Je mehr die wirtschaftliche Freiheit eingeschränkt wird, desto enger begrenzt sich auch der Begriff des Eigentums; und wo dieser Begriff ganz beseitigt ist, da gibt es auch keine wirtschaftliche Freiheit mehr.

Wie der Staat in diesen Fragen entscheidet, richtet sich nach den Weltanschauungen, die in ihm wirken und nach der Einstellung zu Zweck und Ziel des menschlichen Daseins.

In der deutschen Reichsverfassung ist deutlich zu erkennen, wie bei ihrer Schöpfung diese Weltanschauungen und die Theorien der wirtschaftlichen Freiheit und der wirtschaftlichen Gebundenheit miteinander gerungen haben. Das Ergebnis ist die grundsätzliche Anerkennung der wirtschaftlichen Freiheit und des Privatbesitzes. Nur durch Gesetz und in dessen Rahmen können sie beschränkt werden. Gesetze sind also möglich zur Ordnung des Wirtschaftslebens unter Eingriff in die private Wirtschaftssphäre des einzelnen. Nichtsdesto weniger soll die Gerechtigkeit sein und der Ziel, allen ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten.

Tätige Tätigkeit der öffentlichen Gewalt, die diesen hohen Zwecken dient, ist Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne. So umfasst sie die Maßnahmen bevölkerungspolitischen Charakters, die Regelung des Ein- und Auswanderungswesens, die Fremdenpolitik und das Gesundheitswesen. Bildung ist für die wirtschaftliche Zukunft des einzelnen und der Allgemeinheit von größter Wichtigkeit. Der Staat fördert sie. In der Sozialpolitik wirkt sich seine Sorge für die wirtschaftlich Schwachen aus. Wohnungs- und Siedlungspolitik flügen sich in diesen weiten Rahmen ein, auch die Finanzpolitik der öffentlichen Hand in ihrer Bedeutung für die Lebenshaltung, und die Verkehrspolitik, die auf die Bewegung der Güter und Menschen in hohem Maße einwirkt.

Wirtschaftspolitik im engeren Sinne ist die Einflußnahme der öffentlichen Gewalt auf die produktiven Stände. Diese Einflußnahme kann allgemeiner Natur sein, wenn sie über die einzelnen Berufsstände hinweggreift, sie kann sich auch auf letztere beschränken. So wirken sich Grundzüge in der Politik zur Beeinflussung der Preise, der Kartelle, des Handels und in der Eingabe von Subventionen über einzelne Erwerbsstadien hinaus einheitlich aus, während sich die Maßnahmen der Agrarpolitik, der Mittelstandspolitik und der Industrieförderung zunächst auf diese Kreise einstellen.

In der Anwendung der allgemeinen Grundzüge im Einzelfall wieder handelt es sich um Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftspolitik, die sich mit bestimmten Erwerbszweigen befaßt.

### III. Von zentraler Bedeutung sind die Probleme der allgemeinen Preispolitik.

Der Preisdruck auf den Weltmärkten, dessen außerordentliche Ausmaße nicht immer voll gewürdigt werden, die furchtbare Wirt-

schaftskrise im Inland mit dem Millionenheer von Erwerbslosen drängen auf Preisabbau. Wie kann die öffentliche Gewalt nun diese Senkung der Preise herbeiführen?

Der alte Satz, doch sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, hat seine grundlegenden Bedeutung nicht verloren. Ist die Menge, die auf den Markt drückt, stärker als der Bedarf, so werden die Preise sinken, bis sich die Nachfrage hebt und mit dem Angebot ausgleicht. Tritt eine Verknappung der Ware ein, so steigert die Nachfrage den Preis, bis der Ausgleich durch Nachlassen der Nachfrage erfolgt. Dieses wirtschaftliche Gesetz kann die öffentliche Gewalt nicht durch Nachtrag ändern. Will sie die Preise festsetzen, so muß sie das Angebot heikeln und nötigenfalls Schranken wegräumen, die der natürlichen Preisentfaltung entgegenstehen. Mit Höchstpreisen und Strafandrohungen kann das Ziel nicht erreicht werden. Die Erfahrungen der Kriegszeit mit Scheinhandel und Wucherpreisen schreden.

Auf zwei Wegen kann die Regierung eine Steigerung des Angebots und damit einen Druck auf die Preise antreiben: Durch Maßnahmen auf dem inneren Markt und Zulassung der Einfuhr fremder Waren.

Mit Maßnahmen des inneren Marktes beschäftigt sich die Kartellpolitik.

Der Zusammenschluß von Unternehmern in Vereinigungen mit loser oder engerer Bindung hat regelmäßig den Zweck, den Markt bestimmter Erzeugnisse zu regulieren. Die Produktion soll nicht überlos gefeiert, der Konkurrenzkampf aller gegen alle soll ausgeschlossen oder doch wesentlich gemildert, der Preis auf einer bestimmten Höhe gehalten werden. — Den Vorteilen dieser Regelung für die Allgemeinheit: Vermeidung übermäßiger Preissteigerungen, gleichbleibende Beschäftigung der Arbeiterkraft können schwerwiegende Nachteile gegenüberstehen. Dies dann, wenn die Industrien ihre Preise übersteigern, wenn sie die Bindungen auch auf den Zwischen- und Einzelhandel ausdehnen und jede dieser Gruppen übermäßige Gewinne macht. — Es ist im allgemeinen schwierig, über diese Bindungen und ihre Wirkung einzuordnen, Gefährdungen zu treffen. Noch schwieriger ist zu entscheiden, ob im Einzelfall die Gewinne übermäßig sind.

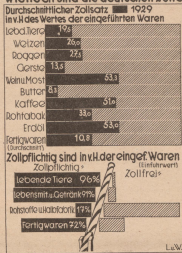
Wenn sich dies aber bei vernünftiger Nachprüfung ergibt, dann rechtfertigt sich ein starker Druck des Staates auf das Preisniveau, zumal in den Weltzeiten, in denen die natürliche Gegenwirkung der Käufer gegenüber Erzeugern nicht immer abgewartet werden kann. Aufhebung der Preisbindungen führt dazu, daß die freie Konkurrenz mit ihrer preisbildenden Wirkung wieder in die Erscheinung tritt. Die Preise sinken. Maßnahmen des inneren Marktes sind auch Verhandlungen, die von der Regierung der Wirtschaftsorganisationen über freiwillige Senkung der Preise geführt werden. Es ist zu begrüßen, daß Verhandlungen dieser Art in jüngster Zeit auf dem Gebiete der Brennstoffe, bei den wichtigsten Nahrungsmitteln, Brot, Fleisch und Milch, bei einzelnen Warenarten und anderen Waren beachtliche Erfolge erzielt haben. Im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt es, wenn diese Bewegung rasche und kräftige Fortschritte machen wollte.

Auch wenn der Staat Auslandswaren, die durch Zölle ferngehalten wird, unter Ermäßigung dieser Schranken ins Land läßt, drückt das billigere Angebot den Preis.

Zur schwer wird sich der Staat dazu entschließen, von diesem einschneidenden Mittel Gebrauch zu machen; denn seine Handelspolitik verfolgt das Ziel, die inländische Produktion in verhältnismäßig Ausmaße gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen. Dies geschieht schon die Rückführung auf die Arbeiterkraft, Kapital und Produktionsmittel würden mit dieser in unübersehbarem Ausmaße brachgelegt, wenn der Inlandmarkt der billigeren Auslandsware schütlos preisgegeben würde.

Mit erschwerender Deutlichkeit tritt diese Tatsache jetzt bei der Landwirtschaft in die Erscheinung. Der Zusammenbruch der Weltgetreidemarkt und Schleuderangebote aus dem Osten können sie vernichten, wenn der Staat sie nicht durch Zölle schützt. Trotz schwerer Bedenken hat er es in rasch steigendem Maße getan. Der Preis ländlicher Erzeugnisse ist im Durchschnitt so nicht wesentlich gesenkt worden, es war nur möglich, ihn auf einer einigermaßen

## Wie hoch sind die deutschen Zölle





erträglich Höhe zu halten, während er sonst auf die Hälfte seines Standes abgemindert wäre. Der Nutzen, den der Preissturz im Innern der Verbraucherschicht gebracht hätte, wäre ein dauernder Schaden für die ganze Volkswirtschaft gewesen, denn mit der Verminderung der deutschen Landwirtschaft, von der ein Drittel der Bevölkerung lebt, wäre das Rückgrat des inneren Marktes zerbrochen.

Ziel der Handelspolitik ist neben dem angemessenen Schutze des inneren Marktes den deutschen Waren im Auslande eine möglichst weite Verbreitung zu sichern. Darum wird bei den Handelsvertragsverhandlungen mit fremden Staaten in schwierigen und langwierigen Auseinandersetzungen gerungen. In die hohen Zollmauern der Gegner muß Breche gelegt, dem deutschen Exporteur muß vor allem gesichert werden, daß er auf dem ausländischen Markt nicht schwereren Beschlagnahmen unterliegt, als die anderen Mitbewerberstaaten. Darum ist die wichtigste Ziel dieser Verhandlungen die gegenseitig eingeschränkte Meistbegünstigung gewesen. Sie bedeutet den Grundtat, daß alle Vorteile, die in dem Vertragsstaate irgendeinem anderen Volke eingeräumt werden, ohne weiteres auch den deutschen Waren zugute kommen. Auf diesem Grundtat ist das ganze deutsche Handelsvertragsystem aufgebaut. Es kann für sich den Erfolg in Anspruch nehmen, daß die deutsche Ausfuhr

in den letzten Jahren fortgesetzt gestiegen ist, während die der wichtigsten Konkurrenzländer erhebliche Rückschritte gemacht hat. Dies ist ein bedeutsames Erfolg für die Verbesserung in den Erörterungen über die Weltwirtschaftspolitik. Der internationale Güterausgleich leidet noch immer unter den Nachwirkungen des Krieges. Zwar hat die Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 richtig erkannt, daß die Welt schließlich erst wirtschaftlich gefunden kann, wenn die Hemmnisse nicht mehr und mehr beseitigt werden, die dem Güterverkehr über die Landesgrenzen entgegenstehen. Die meisten Staaten aber sind unter dem Druck unmittelbarer Not und harter Interessentenwünsche diesen Lehren nicht gefolgt. Sie haben die Hemmnisse des Weltverkehrs feither gesteigert, statt sie zu verringern. Die Lage aller ist dadurch gewiß nicht besser geworden.

Zun zeichnen sich in den letzten Genfer Verhandlungen Entwicklungslinien ab, die auf einen engeren Zusammenhänge mehrerer Staaten zu gemeinsamen Wirtschaftszonen hinauslaufen. Nicht mehr nur die Verträge zwischen zwei Nationen, sondern mit einer Anzahl von Ländern sollen geschlossen, anderen Staaten soll die Möglichkeit des Beitritts zu diesen „plurilateralen“ Verträgen gegeben werden. Die Sonderabmachungen, die sie enthalten, sollen von der allgemeinen Meistbegünstigung ausgeschlossen sein.

Darüber hinaus wird die Frage erörtert, ob es möglich ist, zu Zollunionen zu gelangen, in denen sich die Staaten zu einem großen Zollgebiete unter Wegfall der zwischen ihnen liegenden Zollschranken zusammenfinden. Ähnlich kam in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland unter preussischer Führung der Zollverein zustande. Wie dieser erst den raschen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands ermöglichte, so kann auch vielleicht in späterer Zeit eine Zollunion besonders für Europa die bringend erforderliche Ausweitung des inneren Marktes bringen.

Die Verwirklichung dieser Zukunftspläne wird noch in weiter ferne liegen. Derzeit kann die deutsche Wirtschaft des Zollschutzes noch nicht entbehren. Ihre Lage ist so schwierig, daß sich der Staat zu weiteren fördernden Hilfsmitteln, insbesondere auf dem Gebiete der Landwirtschaft, zwingen muß. Diese Hilfe durch Vergabe von Geld oder Kredit des Staates unterliegt an sich schweren Bedenken. Denn das Geld der Steuerzahler wird bestimmten Berufsgruppen oder örtlich begrenzten Bevölkerungsteilen zugewandt. Diese und andere Bedenken müssen aber zurücktreten, wenn es sich um Sein oder Nichtsein tragender Berufsstände oder schwer gefährdeter Landstriche handelt. Von den Aufzun-

dungen, die so gemacht werden, muß zu erwarten sein, daß ihr Nutzen des Zeitens an der unmanierlichen Verschwendung verbleibt, droht, wenn Raschheit und Decemialität dort schillmige Auswirkungen befürchten lassen, denn müssen Reich und Staat mit allen verfügbaren Mitteln eingreifen, um wirksame Hilfe zu bringen. Stets aber darf, es sich nur um vorübergehende Maßnahmen im äußersten Notfall handeln.

IV. Diese Grundzüge und Grundsichtungen gelten in allen Anwendungsformen der Wirtschaftspolitik. Wie die Agrarpolitik die Grundgedanken von Zoll- und Förderungspolitik deutlich macht, so zeigt sie auch die volle Entfaltung der staatlichen Energien in den verschiedenen Richtungen. Produktionsförderung, Preisstabilisierung, Maßnahmen der Rationalisierung der Betriebe und Standardisierung der Produkte, Betriebserhaltung, Umschuldung, Kredithilfe, Marktbeobachtung, Betriebsberatung in mannigfacher Form, Berufsausbildung und viele andere Einzelmaßnahmen sollen zusammenwirken, um die Produktivität der Landwirtschaft und ihre Aufnahmefähigkeit für die Erzeugnisse und Leistungen der anderen Berufsstände zu erhalten.

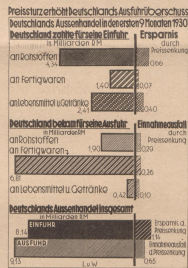
Erhaltung und Förderung des Mittelstandes ist das Ziel der Mittelstandspolitik des Staates. Er kennt die Bedeutung des Handwerks, der kleinen Gewerbebetriebe und des Einzelhandels und sucht sie durch Selbstständigkeit und Eigenart zu schützen. Er räumt ihre Bildungswege, ihre Zusammenhänge in Innungen und Handwerkskammern, sorgt für ihre Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Lieferungen und Leistungen und faßt seine Fürsorgetätigkeit im „Reichskommissar für das Handwerk und Kleinergewerbe“ zusammen.

Die Industriepolitik des Staates erschöpft sich nicht in Maßnahmen der Handels-, Zoll- und Kartellpolitik, sie sucht durch Umstrukturierung großer Betriebe und Werkstätten ihrer Beschäftigt über die Krisenzeit hinwegzuhelfen. Sie greift auch hier fördernd und regelnd in das Bildungswesen ein. Mehr noch als bei den anderen Erwerbsständen wirken sich in der Industrie die sozialpolitischen Maßnahmen auf die Betriebe aus. Finanzpolitik und Verkehrspolitik spielen, wie auch bei den anderen Erwerbszweigen, eine entscheidende Rolle.

So zeigt sich der enge Zusammenhang aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen der öffentlichen Gewalt im weitesten Sinne. Alle sind aufeinander abzustimmen, alle müssen zusammenwirken zu dem einen großen Ziele, das die Verfassung für die Wirtschaftspolitik festlegt.

Damit diese enge und zielreiche Zusammenarbeit, zumal in den Zeiten schwerer Wirtschaften, gewährleistet ist, wird die gesamte Wirtschaftspolitik getragen von dem einheitlichen Willen aller Mitglieder der Reichsregierung. Im Ausgleich widerstrebender Gesichtspunkte faßt das Reichskabinett die maßgebenden Entscheidungen, deren Durchführung bei den zuständigen Reichsministerien liegt. Der Reichswirtschaftsrat steht der Reichsregierung als beratendes Organ zur Seite. Er setzt sich aus hervorragenden Wirtschaftsexperten aller beteiligten Bevölkerungsschichten zusammen.

VI. Es ist für jeden wichtig, daß er sich wenigstens in ganz groben Zügen ein Bild von der Wirtschaftspolitik des Staates und den wirtschaftlichen Zusammenhängen der Gegenwart macht. Denn je enger sich die Wirtschaftslage gestaltet, desto größere Bedeutung gewinnt die Wirtschaftspolitik für das Schicksal des einzelnen und des ganzen Volkes. Die Notzeit kann als harter Scheitrierer jedem die Schicksalsverbundenheit aller Berufsstände zum Bewußtsein bringen. Wenn sie in diesem Sinne wirkt, wenn sie alle Bevölkerungsschichten zusammenführt zu neidlosem Versehen, dann sind die Opfer nicht umsonst gebracht, die sie von allen fordert.



## Die Revisionsfrage.

Das unvorhergesehene Ausmaß der Weltwirtschaftskrise hat die Zweifel an der Durchführbarkeit der Hauptpläne in Deutschland und im Ausland mit solcher Wucht eingebracht, daß wir uns schon nach einem halben Jahre nach Inkrafttreten des Plans mitten in einer Erörterung seiner Revisibilität befinden. Die Umgebungen, mit der namentlich in Deutschland, auf beschleunigte Staatsaktion gedrängt wird, wächst mit Zunahme der Krisenerscheinungen, das Hörgen der verantwortlichen Staatsmänner findet nur wenig Verständnis. Und doch ist solch Hörgen heute noch am Platze, und so

wurde von der Reichsregierung bekanntgegeben, daß sie von einer solchen Aktion einwilligen absehen wolle. In der Zwischenzeit tun wir gut daran, die Faktoren aus der weitläufigen Diskussion des Plans zu ziehen und fähigen Mates die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen nach dem heutigen Stande der Dinge überhaupt eine erneute Anfröhlung des Reparationsproblems in Frage kommen kann.

Die so gestellte Frage, die vielleicht das zentrale Weltwirtschaftsproblem überhaupt betrifft, ist so komplex, um hier erschöpfend behandelt werden zu können. Ihre hauptsächlichsten Seiten sind das

aufderdeutsche Problem, das spezifisch deutsche Problem und das allgemeine Problem der Veränderung der Weltwirtschaftserfassung. Diese Probleme, deren Einzelheiten teilweise nur angedeutet werden sollen, werden unter dem Gesichtspunkt der eingegangenen Verpflichtungen betrachtet. Der Gedanke des Vorgehens mit anderen als friehertigen Mitteln, also Krieg oder Repudiation, bleibt außer Betracht; ebenso der Fall des „Zerreißen“ des Plans, das den Gläubigermächten letzten Endes die volle Handlungsfreiheit wiedergeben würde, um die Ausföhrung der Verpflichtungen aus dem Hounqplan sicherzustellen.

Das letztgenannte Problem, die Veränderung der Weltwirtschaftserfassung, hat im Rahmen der internationalen Abmachungen nur insoweit selbständige Bedeutung, als die daraus folgenden Erscheinungen entweder die haager Abmachungen über den Hounqplan unanwendbar machen oder im Falle ihrer Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden würden (Art. 19 der Döflerbondausföhrung). Die „Nachprüfung“ der Verträge ist abhängig von einer Aufzöherung der Döflerbondzusammenkunft, selbst also im vorliegenden Falle eine solche Veröfentlichung der allgemeinen Wirtschaftskrise voraus, daß ihre Behebung nach der Ueberzeugung aller Mitglieder der Bundesversammlung nur durch Änderung der haager Abmachungen selbst ermöglicht wird. Da man unterstellen kann, daß sich eine solche allgemeine Ueberzeugung heute noch nicht finden würde, soll das Problem der Veränderung der Weltwirtschaftserfassung an dieser Stelle nicht erörtert werden. Dasselbe gilt für die Möglichkeit, das Reparationsproblem außerhalb der jetzt abgeschlossenen Reparationsverträge durch Befreiung des Kriegsschuldengruppen oder Simmels auf den Bruch der Reparationsverträge zu übertragen. Die heutigen Verhältnisse ließen demnach für die Erörterung die Möglichkeiten und Voraussetzungen der Schlußklauseln der haager Abmachungen über den Hounqplan.

### I. Einstellung des Auslandes.

Um die Haltung des Auslandes gegenüber der jetzigen Reparationsdiskussion zu verstehen, muß man sich klar machen, daß der Hounqplan kein wirtschaftlich, sondern ein politisch aufgenommener Vertrag ist, der die sogenannten Mindestbedürfnisse der Gläubigerländer berücksichtigt. Die Forderungen der ehemaligen Kriegsgesamtheit, nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands geben diesem Vertrag kein Gepräge, ganz abgesehen davon, daß die Reparationsverpflichtung selbst auf gewissen politischen Voraussetzungen beruht. In dieser mit unendlichen Schwierigkeiten und Zettelaufwänden zuzuführende gefommene Regelung wollen die Gläubigerregierungen solange wie irgend möglich, d. h. solange die eigene öffentliche Meinung nichts anderes verlangt, festhalten. Sie vertreten daher in der Frage der Revision den Standpunkt restriktiver Vertragsauslegung. So nehmen die französischen Politiker den Standpunkt ein, daß der im Falle außerhalb eines deutschen Moratoriums auf deutsche Initiative hin zusammenzutrende beratende Sonderauschuß lediglich zur Prüfung der deutschen Wirtschaft, Währungs- und Finanzlage im Hinblick auf die Verpflichtungen Deutschlands nach dem Plane da sei, aber nicht für Revisionen vorzuschläge zuständig sei. Sie haben ferner unterzöherd, daß die „Eingülflichkeit“ der getroffenen Reparationsregelung fest anerkannt worden sei, d. h. nicht nur in der Präambel des haager Hauptabkommens, sondern auch im materiellen Text selbst. Die Kommerzialisierungsidee des Hounqplans beruht auf ähnlichen Erwägungen. Die amerikanischen Sachverständigen haben daher z. B. die Parole ausgegeben, daß im Geschäftszert der B. J. G. das Wort Reparation möglichst gemieden werden sollte.

Die gegnerischen Sachverständigen waren sich trotz allem darüber klar, daß ihr Werk keinen Anspruch auf Dauerwert erheben könnte, ja sie haben untereinander den Kampf darum, wer im Falle eines „Verlages“ Deutschlands der Vertragsregeln sein solches gewöhrte Eröhtigung geföhle. Das Ergebnis ist die Zerteilung der Annütäten in geföhltte und ungeföhltte und die parallel dazu durchgeföhrtte Konftruktion eines unbedingten Anspruchs auf Leistung der sogenannten „indomiti netto“, des „Saldos“ (Wiederaufbauplan) und eines bedingten Anspruchs auf Begahlung der interalliierten Schulden. Die Realisierbarkeit dieser letzten Verpflichtung ist sogar ausdrücklich in dem Sondermemorandum des Plans anerkannt worden, nach welchem im Falle eines Nachlasses der Schulden innerhalb der ersten 37 Jahre Deutschland zwei Drittel, die Alliierten ein Drittel des Nachlasses zufallen sollen — hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die Eröhterung ist nach Berücksichtigung aller für die Eröhterung maßgebenden „Gegenfaktoren“ materieller oder finanzieller Art“ eintreten soll —; die Eröhterung eines Nachlasses in den letzten 22 Jahren soll Deutschland ganz zufommen.

Der Revisionsgedanke ist also mit Hilfe der Alliierten in den Plan selbst eingebaut, und man kann sagen, daß die Initiative Deutschland geradezu zugeföhben worden ist. Dies wird auch durch die Haltung Englands und Frankreichs gewissermaßen bestätigt. Beide Länder lehnen strikte eine Initiative zwecks Auf-

rollung der Schuldenfrage gegenüber Amerika, das allein für den Nachlass in Betracht kommt, ab. Beide wollen honorize Schuldner ihrer einmal unterzeichneten Verpflichtungen sein und bleiben. Sie möchten auch nach Ansehen ihres Gläubigers die Kreditwürdigkeit ihrer Länder nicht auf Spiel setzen. Wird die Schuldenfrage aber einmal von anderer Seite aufgegriffen und läßt sich Amerika auf einen Nachlass ein, so haben diese Länder den doppelten Vorteil: sie erhalten einen bisher durchlaufenden Reparationsbetrag (ein Drittel des Nachlasses) flüchtig zur eigenen Verwendung, und sie fördern ihre finanzielle Weltstellung gegenüber dem hilfsbereiten Gläubiger Amerika; bei Frankreich würde zu diesem doppelten Vorteil noch die Befragung seines unerböhtmäßig hohen ungeföhltten Reparations-„Saldos“ treten.

Diese Lösung ist zu schön, um wahr zu werden. Die Vereinigten Staaten haben vor und nach dem Hounqplan betont, daß sie von einer Neuauflösung der Reparations- und der Schuldenfrage nichts wissen wollten; Staatssekretär Stimson hat dieser Tage bestätigt, daß die offizielle Haltung nach wie vor die gleiche sei. Allerdings ist heute schon ein, wenn auch nicht großer Teil amerikanischer Privatier, vor allem aus der Geschäftswelt und Wissenschaft, einem Schuldennachlass flüchtig geföhnt, und wie der neue Kongreß aber eine neue Regierung dieses Problem gegenüberstellen wird, läßt sich nicht sagen; aber ein Schuldennachlass mit besonderen Vorteilen für Frankreich und England ist heute in Amerika so unpopulär, daß eine Lösung in dem von den alliierten Sachverständigen angedeuteten Sinne wenig Aussicht auf Verwirklichung hat. Amerika hat, wie seine Führer wiederholt zugegeben haben, Verständnis für ein gegenseitiges Einlenken in wirtschaftlich geföhltte Bedürfnisse der Schuldner, aber ein wirtschaftlich bedingtes Nachlassen des Reparationsproblems zu, ist lehnt aber die politische Wiedereröhterung der Schuldenfrage ab. Wir können also vor der Situation stehen, daß Amerika sich u. U. verständnisvoll für die Eröhterung der eigentlichen Reparationsfrage interessieren würde, während es die Schulden unangerrührt wissen möchte, daß es also selbst möglichst voll bezahlt zu bleiben wönschte, aber eine Ermäßigung des Reparationsaldos der Alliierten für möglich hielt, während die Alliierten an ihrem Saldo uneröhtigt festhalten wollen, aber die Eröhterung des (materiellen) Schuldennachlasses begünstigen. Kann man unter diesen Umständen davon sprechen, daß der Schluß zur Lösung der Reparationsfrage bei Amerika liegt, weil es lehnt ab, so ist die Reparationsleistung als letzter Empfänger bezöht? In Wahrheit wird es bei Amerika und den Alliierten liegen, beide werden, wenn etwas geföhhen muß, ihren Teil dazu beitragen müssen; dies wird auch der Grundgedanke einseitiger Amortisation — wie Owen Young — sein, wenn sie der offiziellen These entgegengetreten, daß Reparationen und Schulden öbllig getrennte Gebiete seien.

Daß Frankreich sich wieder bis zum äußersten gegen eine Ermäßigung der deutschen Verpflichtungen wehren wird, kann nach den bisherigen Nachrichten ohne weiteres unterstellt werden. Bei Amerika kommt zu seiner traditionellen Abneigung gegen einen Schuldennachlass gegenwärtig noch hinzu, daß der betröchtliche Rückgang der Steuereinnahmen der Steuerzahler, der öbherhin in der Zukunft vor weiterer Befragung läßt, revisionsfeindlicher macht. Englands Haltung wird durch die sog. Balfour-Note bestimmt; es verlangt auf jeden Fall so viel, wie es selbst an Amerika zu zahlen hat; Nachlass gibt es nur in Ermäßigung, wenn diese Dordbeningung erfüllt ist; was es aber unter seinen Zahlungen an Amerika verfehlt, hat Stimson noch so kurzem erkennen lassen, indem er auch die Veröfentlichung der englischen Dordstellungen im Betrage von 4 Milliarden RM. — einschließlich Zinsen — forderte. Kurz, eine Veröfentlichung beider Gläubigergruppen, Amerikas und der Alliierten, aber ein positives Entgegenkommen gegenüber Deutschland jetzt heute ist das Dounqmentarum die größte der Alliierten grundföhlich nicht. Im Gegenteil, es läßt einzelnen Ländern, insbesondere Frankreich und Italien, noch erhebliche Salben zur eigenen Verwendung. Dazu ist es kein tolles Aufbringensmoratorium, wie das der Alliierten, sondern es besteht aus einem Transfemoratorium, d. h. mit Ausnahme der Devisen für die ungeföhltte Annütät von 612 Millionen RM. wird während des ersten Jahres der volle Rest, aber in Reichsmark, bei der Reichsbank für die B. J. G. eingezahlt, und einem Zahlungsmoratorium, d. h. die





im März 1618 jene Gehege, die seinem Namen die Unberührliehkeit bringen sollen.

Die Kehe Kephers mußte im 17. Jahrhundert etwa ähnlich wie heute die Relativitätstheorie Einfließen wirken. Auch den Gebildeten jener Zeit klarzumachen, daß oben und unten nur relative Begriffe sind, und daß der Erdball mit allem was darauf lebt und weht mit 30 • Sekundentkilometern durch den Raum fauft, mußte

reichlich ebenso schwer sein, wie unserer Generation die Relativität von Zeit und Raum unangenehm zu machen. Damals wie heut fielen wissenschaftliche Saten von revolutionärer Größe mit unvorstelligen politischen Bedürfnissen aufeinander. Erfahrung und überaus groß ist die Ähnlichkeit jenes Zeitalters, dem Johannes Kepler das wissenschaftliche Gepräge gab, mit dem unferen. Dessen soll man sich bewußt sein, wenn man des Mannes gedenkt, der vor 300 Jahren verfiel.

## Neue Frankreich-Literatur.

Von Dr. K. Schwendemann.

Die Beschäftigung mit dem Problem Frankreich ist in der Nachkriegszeit in Deutschland und anderswo außerordentlich reg. Wir haben Ursache, uns mit unferem westlichen Nachbar, der politisch in so vieler Hinsicht unfer Schicksal ist, auseinanderzusetzen, bjm. davon Kenntnis zu nehmen, wie dies anderwärts geschieht. Deshalb seien eine Anzahl neuer Bücher über Frankreich hier besprochen. (Sieburg, Gott in Frankreich? (Frankfurter Sozialdruckerei 1929). Curtius-Besprechungen, Frankreich, Band I. Die französische Kultur, Band II, Staat und Wirtschaft Frankreichs, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1930). André Siegfried, Franco, A Study in Nationality, New Haven 1930. Stephen H. Roberts, History of French Colonial Policy, London, King & Son 1929, 2 Bände und schließlich Carlton J. B. Hayes, Franco, A Nation of Patriots, (Columbia University Press, New York 1930). Das Buch von Hayes ist eines aus einer Reihe, die Hayes mit anderem unter dem Titel „Social and economic Studies of Postwar Franco“ herausgibt, und die erst zum Teil erschienen ist. Diese Sammlung wertvoller Studien über Eingangsprobleme Frankreichs verdient besondere Beachtung.

Sieburgs Buch ist der Versuch einer Deutung der Gesamthaltung des Franzosenstums nach innen und außen. Sieburg will die Lebensgehege dieser Nation aufdecken, ihre geistigen und politischen Beziehungen zur übrigen Welt erfassen und die politischen Grundanschauungen und Ziele ans Licht stellen. Es ist nicht das Buch eines Fachmannes, eines Gelehrten, sondern die Gesamtimpression eines geistreichen, scharfsinnigen, vielseitigen Schriftstellers, der nachdenklich französische Leben mitgelebt und sich eindringlich um französische Denken, Fühlen und Streben gekümmert hat. Die Summe seiner Beobachtungen, Urteile und Schlußfolgerungen liegt vor uns, gleichsam in mit dieser Sympathie wie mit kritischem Verstand formuliert. In einzelnen nicht nach systematischem Plan aufeinander folgenden Kapiteln, die alle gleich vortrefflich geschrieben sind und in denen es von geistvollen und treffenden Formulierungen wimmelt, erfahren wir viel Grundlegendes über französische Wesen, etwa über Frankreichs Verhältnis zum Aufgebenden, über die Verführerin Geschichte, über des Franzosen Verhältnis zur Kultur, zum Kapital, zur Mutter Erde und vieles andere. Besonders bedeutsam sind auch die Folgerungen aus das deutsch-französiche Verhältnis und über Frankreich als Hindernis. Es ist eines der geistvollsten, aufschlußreichsten Bücher über Frankreich, eines das auch deshalb besonders wertvoll ist, weil es eine Gesamtinterpretation Frankreichs versucht, und zwar ohne historische und philologische Wissensballast aus der unmittelbaren und vielseitigen Beobachtung heraus. Mit Nutzen liest man nach dem Sieburgschen Buche gleich das von Carlton Hayes. Beide befähigen und ergänzen sich. Wenn Sieburg das hochgegeisterte französische Nationalgefühl, das zugleich ein Zivilisationsbewußtsein und ein Glaube an die Einzigartigkeit des eigenen Wesens ist, in vielfachen Zuehungen vor uns aufleuchten läßt, so sucht Hayes nachzuweisen, mit welchen Mitteln der heutige Franzose so höchst patriotisch gemacht wird, und die Einrichtungen aufzuzeigen, durch die das französische Nationalgefühl geförmt und gehärtet wird. Schule, Kirche, militärische Einrichtungen, Presse, Kino und manches andere werden auf Grund eines umfangreichen Materials und unter Verwertung des neuesten französischen Schrifttums über all diese Dinge untersucht. Wenn wir bei Sieburg die innere Geschlossenheit des französischen Geistes aufgezeigt finden, so sehen wir bei Hayes den Mechanismus, der diese Geschlossenheit in jedem Franzosen immer aufs neue erzeugt, wachhält und verhärtet. Höchst interessant war es uns über die Struktur des französischen Schlußwesens, über die Kulturinhalte sagt, mit denen der französische Mensch geförmt wird. Zweierlei ist sichtbar: Die Formung des französischen Menschen mit dem nationalen Geistesgut, das ihm besonders unter den Gesichtspunkten der Erwerbung zur Liebe zu seinem Lande und Volkstum und der Stärkung der Bereitschaft, für die Verteidigung desselben notfalls alles daranzusetzen, dargeboten wird, ferner die geringe Bedeutung nichtfranzösischen Geistesgutes bei dieser Zuehrgung. Auch wer über diese Dinge schon manches wußte und die Hintergründe der uns immer wieder überraschenden nationalen Ge-

schlossenheit Frankreichs zu fennen glaubte, lernt bei Hayes gar vieles, und erst recht drängen sich ihm Dergleiche mit deutschen Derhältnissen auf. Diejenigen, die in Deutschland für seinen und Keheren verantwortlich sind, müßten das Buch von Hayes aufmerksam studieren.

Neben diesen beiden Büchern eines Amerikaners und eines Deutschen steht das von Curtius Siegfried. Es ist die Reihe, die eine Anzahl Vorträge, die Siegfried, einer der besten Kenner der politischen Struktur seines Landes, im Williamstown Institute of Politics gehalten hat; also der Versuch, amerikanischen Studenten eine kurze und scharfsichtige Interpretation französischen Wesens, wie es sich politisch äußert, zu geben. Mit der Klarheit und Objektivität geschrieben, die man von Siegfried kennt, bietet es eine Einführung in die geistig-politische Struktur Frankreichs. Siegfried versucht zugleich französisches und angelsächsisches politisches Denken einander gegenüberzustellen und ihre Wesensverschiedenheit zu zeigen. Besonders lesenswert ist das etwa ein Viertel des Buches einnehmende Kapitel über den französischen Charakter, das wiederum zu Vergleichen mit den Deutungen von Sieburg oder Hayes reizt. Siegfried geht davon aus, daß Frankreich ein altes Land ist, dessen Struktur und Charakter unmodern seien, weil schon zu Zeiten der französischen Revolution ausgeprägt. Frankreich ist noch heute ein Land von Bauern und Bürgern mit Bourgogenseiß, dessen höchstes Ziel Sicherung des Lebensstandes der Kinder ist, und der ebensofehr in dem einzigen auf nach Sicherheit zum Ausbruch kommt. Die Liebe zur Erde, der Zusammenhang des Volkstums und seines Geistes mit den Urkräften des Bodens werden ähnlich wie bei Sieburg formuliert. Höchst wertvoll ist fobann, was Siegfried über die Psychologie der Parteien und über die politische Nachkriegsentwicklung Frankreichs ausführt. Wenn man auch geneigt sein wird, manches anders zu sehen als Siegfried, so find jene Anschauungen doch immer anregend und aufschlußreich.

Das Werk von Curtius-Siegfried ist eine Parallele zu dem bekannten Standardwerk von Dibelius über England. Da Curtius, wie er in der Einleitung zum ersten Band über die französische Kultur ausführt, der Politik und Wirtschaft fernsteht, hat er die Bearbeitung dieser Lebensgebiete Arnold Bergschiefer überlassen. Dadurch wirkt das Werk über Frankreich nicht so sehr, wie das von Dibelius über England, dessen großer Reiz gerade mit darin besteht, daß es in Mann alle Lebensgebiete der englischen Nation zur Darstellung bringt. Der Band von Curtius über die französische Kultur ist jedoch ganz ausgezeichnet. Er dürfte die Klarste und überzeugendste Formulierung des französischen Kulturbegriffs und der verschiedenen Wesenszüge der französischen Kultur enthalten, die wir bisher besitzen. Aus langjähriger Beschäftigung und umfassendem Wissen läßt Curtius seine Definitionen und Formulierungen, deren sprachliche Schönheit und Abgeschlossenheit man bewundert. Er entwickelt zuerst den französischen Kulturbegriff und setzt uns die Hauptstapfen des französischen Kulturbewußtseins, wobei die Logik und das Organische der Entwicklung, die Ungebrochenheit der Tradition in Erfassung treten, präzipiert das Verhältnis von Nationalidee und Unterfallismus, das für das französische Kulturbewußtsein so grundlegend ist, zeigt wie die französische Kultur alle Schichten der Bevölkerung und ebensofehr das Ganze des Daseins umgreift, wie es schließlich ein Kontinuitätsbewußtsein ist, in dem das einmal erworbene Kulturkapital von Generation zu Generation weitergegeben und vermehrt wird. Soeben schreiben uns Curtius die natürlichen Grundlagen der französischen Zivilisationsidee, den Mangel der Gemeinshaft, das Verhältnis des Franzosen zur Heimatde, die Mythe des französischen Territoriums, die auch geistige Verwurzelung im Heimatboden, die den Franzosen so selbstföhig und dem Reisen abgeneigt machen. Curtius weist mit Recht auf die Wichtigkeit der Tatsache hin, daß der Franzose, auch wenn er in der Großstadt lebt, irgendwo auf dem Lande eine Heimstätte, einen festen Punkt hat, an dem er verwurzelt ist. Er charakterisiert ferner das Verhältnis zum Aufgebenden. In einem weiteren Kapitel werden die geschichtlichen



Grundlagen dargelegt. Die französische Geschichte beginnt mit der Romanisierung, die französische Kultur ist somit eine abgeleitete Kultur. In einem kurzen Gang durch die Geschichte werden einige Wesensmerkmale der Entwicklung aufgezeigt. Ein besonders schönes und bedeutungsvolles Kapitel widmet Curtius der Literatur und dem geistigen Leben. Hier befindet er sich auf seinem ursprünglichen Gebiet. Er zeigt die Verbindung von Literatur und Staat, die Identifizierung der Literatur mit der Zivilisation auf, weist auf die Zusammenhänge zwischen Politik und Literatur hin, auf ihren Traditionalismus und die Tatsache, daß ihre Kraft mehr in der Höhe des Gesamtnebens und in der inneren Kontinuität der geistigen Tradition als in der absoluten Größe der einzelnen Persönlichkeiten liegt, ferner daß die französische Literatur immer um den Menschen kreist und in der Analyse der Leidenschaft gipfelt. Ein weiteres Kapitel gilt der Religion, dem Verhältnis des Franzosen zu ihr und auch der heutigen Situation auf diesem Gebiete. Das Kapitel über das Unterrichtsleben und das über Paris sind nicht minder lehrenswert als die anderen, wenn sie vielleicht auch weniger Eigenes enthalten. Trefflich ist ferner das Schlußkapitel über die Wissensziele der französischen Kultur, die eine Kultur der Reife, eine Kennerkultur, eine Spätkultur ist. Während Curtius über die verschiedenen Seiten der französischen Kultur sich äußert, vermischt man ein Kapitel über die französische bildende Kunst. Curtius spricht zwar über Musik und in recht interessanter Weise, aber von Malerei und Plastik und von Architektur ist so gut wie nicht die Rede. Das ist bedauerlich, denn in ihnen hat sich der französische Geist ebenfalls vielfältig und großartig manifestiert. Die interessanten könnte man z. B. durch einen Vergleich zwischen französischem und deutschem Impressionismus geistige Strukturen und die beiden Diktoren herausarbeiten, oder wie könnte man an der Entwicklung der französischen Architektur von der Gotik zum 17. Jahrhundert Strukturumblanungen des französischen Geistes ablesen!

Der zweite Band des Werkes von Zerg-Häuser über Staat und Wirtschaft Frankreichs liegt sich nach der glänzenden Darstellung von Curtius mißfälliger. Hier ist nicht die umfassende und beinahe spielende Beherrschung des Materials wie bei Curtius, sondern das Inhaltliche im höchsten Sinne überwiegt. Allerdings hat Zerg-Häuser das reichhaltigste Material gründlich verarbeitet und überblicksreich gefaltet, so daß sein Buch heute wohl die vollständige

Zusammenfassung über Staat und Wirtschaft Frankreichs darstellt, nützlich auch besonders deswegen, weil die einschlägige Literatur zu jedem Kapitel übersichtlich zusammengestellt ist, so daß man von jedem Punkt aus den Weg zu den Quellen finden kann.

Zum Schluß das zweibändige Werk von Stephen B. Roberts, History of French Colonial Policy, die neueste und umfassendste Darstellung der französischen Kolonialpolitik. Im ersten Band wird ihre Geschichte, ihre Struktur, die Entwicklung ihrer Prinzipien auf Grund eines umfassenden Materials dargelegt. Roberts hat nicht nur die eigentliche Kolonialliteratur, sondern auch die ganze Kolonialgesetzgebung und die Parlaments-Dokumentation der letzten Jahrzehnte durchgearbeitet. Im zweiten Teil seines Werkes gibt er dann eine Darstellung der praktischen Seite der französischen Kolonialpolitik durch ihre Schiedung in den einzelnen Kolonialgebieten Frankreichs, Algerien, Tunis, Westafrika, Äquatorialafrika usw. Jeder dieser Abschnitte gibt die Geschichte des Territoriums unter französischer Herrschaft, die administrativen Organisation, die Einbürgerungspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung. In einem besonders interessanten Schlußkapitel sucht der Verfasser ferner die Wissensziele und Praxis der französischen Kolonialpolitik im ganzen zu würdigen, wobei er es besonders auf einen Vergleich zwischen französischer und englischer Kolonialpolitik anlegt. Der Zentralismus, der ja das ganze Staatsleben Frankreichs behingt, beherrscht auch seine Kolonialpolitik. Nicht Entwicklung auf lokaler Grundlage, nicht das englische Prinzip des Selbstregiments, sondern Subordination der Kolonien gegenüber dem Mutterlande, administrativ und wirtschaftlich gleichermaßen, sind Wissensziele der französischen Kolonialpolitik. Die Kolonien sind für das Mutterland nicht um ihrer selbst willen da, und das höchste Ziel ist ihre Eingliederung in den Verwaltungszusammenhang Frankreichs in der Form von Departements; kulturell die Französisierung der Eingeborenen, sprachlich und geistig. Die Abwesenheit des Rasseninstinkts bei den Franzosen ist die Grundlage für eine solche Einstellung und ebenso die Tatsache, daß die französischen Kolonien infolge des französischen Menschenmangels keine Siedlungskolonien, sondern Eingeborenkolonien sind. Ob es Frankreich auf die Dauer gelingen wird, diese Assimilationspolitik, die heute als Disposition bezeichnet wird, auf die Dauer durchzuführen, das ist die Frage der Zukunft.

## Zehn Jahre Deutsche Hochschule für Politik.

Von Prof. Dr. Emil Doehring.



Keystone View Co.

Prof. Dr. Emil Doehring, der Begründer und Präsident der Deutschen Hochschule für Politik

Der Gedanke war schon selber gereift. Gewisse sehr nützliche Ergebnisse, die von der Pariser hohen politischen Schule, der „Ecole libre des sciences politiques“ erzielt worden waren, sollten in Anpassung an die gänzlich anderen Verhältnisse ins Deutsche übertragen werden. Friedrich Naumann, dieser wahrheitsgierige unter den großen deutschen Publizisten (es sind ihrer so wenige), der zum ersten Mal ein Lehrer außerordentliches Formates war, lieh dem Gedanken seine großzügige Planungskraft und die unermüdbare und zähe Werkkraft, die gerade in kleinen Kreisen amausgesetzt arbeitet und bleibend gewinnt. Sein Gedanke, eine „freie Hochschule für Politik“ zu begründen, entstand noch im Kriege. Die Erlebniszeit der Jahre 1918 und 1919 beleagten und erdrieten die Notwendigkeit solcher Bildungsarbeit. Naumann fiel, zermalmt von seiner Zeit. Aber ein Jahr nach seinem Tode trat die „Deutsche Hochschule für Politik“ ins Leben und fand ihr Heim in der alten Schindelfabrik Bauabernitz, die in schlichten geraden Maßen gegenüber dem Schloß sich am anderen Spreerfer erhebt.

Wie alles in Deutschland hatte auch die Hochschule für Politik sich in den ersten Jahren ihrer Arbeit als Zielfühlerin jener kritischen Boogenrichtungen anzusehen, die der Meinung sind, daß sie sich wohlgegründeten Pfosten eine gesunde Sache erbauen können, und deren die Zielkraft ihres Geschickes mehr ist als die schwere Mühe wirklich aufbauender Arbeit. Es drehte sich die Debatte um die Frage und Kernbarkeit der Politik, und jemand erfaßte jenes abene Argument, Bismarck sei ohne eine politische Hochschule groß ge-

worden. Groß geworden ist er freilich ohne sie, aber doch unter Bildungsbedingungen, die selbst heute nur wenigen erreichbar sind und deren Mangel viele in einem halb oder gar nicht erfüllten Leben zurückließ. In daß Bismarck ohne politische Hochschule groß wurde, ist das Wesentliche, sondern daß er allein, daß er bis heute eine säkularer Erscheinung blieb, das sollte Anlaß zum Nachdenken geben. Wer die Dinge ehrlich zu Ende denkt, fragt hier auf den Mangel politischer Tradition und Grundeignung im deutschen Volke. Die kann man nicht ändern, indem man die gigantische Größe eines einzelnen zum Maßstab des Durchschnitts nimmt, die kann nur durch mühsame, aber auf weite Sicht geleitete Bildungsarbeit geschaffen werden, die außerhalb englischerer Machtkämpfe radikaler Gruppen auf dem Boden unbedingter Staatsbejahung so geleitet werden muß, daß sie Gemeingut freiescher Öffentlichkeit wird. Das ist in einem demokratischen Staat das erste und erste, und das andere, ebenso bedeutsame ist die Erziehung des politischen Menschen, der, mit Naumann zu reden, „den Krieg zur Gestaltung menschlicher Gemeinschaft“ in sich trägt. Am besten hat dieses Ziel der „Deutschen Hochschule für Politik“ wohl einer ihrer größten Lehrer und Freunde gekennzeichnet. Max Scheler hat gesagt: „Diese Hochschule soll beitragen, einmal den uralten tragischen deutschen Gegensatz von Macht und Geist zu überwinden, der den neue republikanische demokratische Staat vielleicht noch eher gefährdet als gemindert hat; und so soll und kann helfen, das an die Sonne des Tages herauszutreten, dessen Licht und Wärme in kommenden Tagen nach meiner festen Überzeugung das Schicksal dieses Staates entscheiden wird: das Werden einer deutschen Elite.“

Praktisch wurde diesem Ziel, wie jedem großen Ziel, nicht ohne Rückschläge und Irrwege zugehrt. Aber wer auf diese zehn Jahre praktischer politischer Bildungsarbeit zurückblickt, darf mit Freude und Genugtuung feststellen, daß man im rechten Kurs ein gutes Stück vorwärtsgekommen ist. Der starke, mit Stolz und Inhabigkeit seit jeher betonte Forschungsdrang der Universitäten, ihr internationaler Ruf und ihre gesellschaftliche Geltung bilden ein Monopol, das zu brechen die Hochschule für Politik nie verfuhrte. Sie fand ihr eigenes, den unmittelbaren praktischen Leben und der in ihm oft einzig maßgebenden Bewährung nachliegendes Gebiet. Sie gab die geistige Erkenntnis ebenso wie die Technik des



dieser Prozeß nicht noch stärkere Fortschritte gemacht hat und der unter feiner Führung zusammengefallene Block wenigstens beinahe den Befehlshaber der Parteien wahren konnte, die hinter ihm standen.

Wenn man die Parteigruppierungen im einzelnen betrachtet, so ergeben die jüngst gemeldeten Wahlergebnisse die Tatsache, daß im letzten für die bürgerlichen Parteien als solche ungefähr 50 000 Stimmen mehr abgegeben wurden als bei den Wahlen im Jahre 1927, während die Sozialdemokratische Partei etwa 30 000 Stimmen eingebüßt hat. Wenn sie trotzdem ein Mandat gewinnen konnte, so ist dies auf die eigenartige Wahlartikelmethode des österreichischen Wahlsystems zurückzuführen, das die großen Parteien gegenüber den kleineren so sehr begünstigt, daß die bei ihnen für ein Mandat notwendige Stimmenzahl um so geringer ist, je größer die Gesamtstimmzahl der für sie abgegebenen Stimmen war. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die nicht unerheblichen Verluste der Sozialdemokraten in den Ländern nicht bloß numerisch, sondern noch stärker durch den Preisgegninn aufgewogen wurden, den der absolute Stimmgewinn der Partei in ihrer alten Hochburg Wien gebracht hat, gegen die der scharfe Kampf der bürgerlichen Gegenparteien mit besonderer Heftigkeit gerichtet war. Auf Grund von rd. 1,5 Millionen Stimmen bei einem Stimmenverlust von etwa 30 000 zichen nun 72 statt wie bisher 71 sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament ein. Wie allgemein erwartet worden war, sind die Sozialdemokraten zur stärksten Partei in Österreich geworden.

Aber das Schicksal der Parteien, die hinter der bisherigen Minderheitsregierung Dainoin standen, ist zu sagen, daß sie gegenüber dem bisherigen Verfassungsausschusse einen erheblichen Verlust erlitten, der sich deshalb allerdings schwerer ertragen läßt, weil die Christlichsozialen die letzten Wahlen mit der sogenannten Einheitsliste gefolgt hatten, auf Grund welcher damals auch 12 großdeutsche Abgeordnete gewählt waren. Zum erstenmal sind im letzten Wahlkampf die Heimwehren als wahlwerbende Partei in Erscheinung getreten. Es war von vornherein klar, daß sie ihre Stimmen zum überwiegenden Prozentsatz den christlichsozialen Wahlmassen entnehmen würden. Wenn daher die Christlichsozialen rein rednerisch genommen 7 Mandate verloren haben, so ist dabei zu bemerken, daß die meisten der Heimatblöcker, die auf zwischen 8 Abgeordnetenstelle erobert haben, geistig zu ihnen gezählt werden müssen und parlamentarisch mit ihnen auch meistens zusammengehen dürften. So sind aus den 7 parlamentarischen Mandaten, welche bisher die parlamentarische Basis der Regierung Dainoin gebildet haben, 7 verloren.

Dieser Erfolg ist allerdings so gering, daß an eine Fortbauer der bisherigen politischen Konstellation nicht gedacht werden kann, wodurch der zum erstenmal in Erscheinung getretene Schuber-Bloch eine Steigerung erhält, die über seine numerische Stärke hinausreicht. Die Herantreten dieses Blockes bilden die Grundzüge der Grobdeutschen Partei, die bisher 12 Abgeordnete besaß, und der Grundbund, der über 9 Nationalratsstelle verfügte. Wenn die neue Gruppierung auch nur 9 Mandate erzielte, so ist bei dem sich daraus ergebenden Verlust von 2 Nationalräten zu bedenken, daß diese früher großdeutsche Wähler aus jugendlichen und bühnenfremden Kreisen sich diesmal zum Heimatblock bekamen, während einige Landbundorganisationen die Wahlgemeinschaft abgetrennt hatten, wodurch fast 50 000 Stimmen für die ganze Gruppe verloren gingen, zu der sie geistig gerechnet werden müssen.

Ein ähnliches Schicksal erlitten auch die Nationalsozialisten, die trotz fast 100 000 Stimmen kein Grundmandat erreichen konnten, während die Kommunisten überhaupt nur 2000 Stimmen aufbrachten, wodurch aufs neue bewiesen ist, daß sie in Österreich keinen günstigen Boden haben.

An bedeutenden Splitters sind nur noch die Österreichische Volkspartei, eine Kleinrentnerpartei mit etwa 15 000 und die Demokratische Mittelpartei mit ungefähr 7000 Stimmen zu erwähnen.

Zeitig so das Bild der Wahlergebnisse im großen gesehen ungefähr dieselbe Kräfteverteilung wie bisher, so wird das neue Parlament auch in personeller Hinsicht nicht sehr viele Gesichter aufweisen. Eine Ausnahme hieron machen nur die bekannteren Heimwehrlöhner wie Starckenberg, Dr. Priemer, Minister Hueber und Steidle, die allerdings, mit Ausnahme eines einzigen Stammmandatsträgers, nur auf Grund der Bestimmungen ins Parlament einzutreten können.

Die besprechende innerpolitische Entwicklung ist auf Grund des Wahlausganges ziemlich eindeutig festzulegen. Nachdem es den Sozialdemokraten, die als größte Partei für die Regierungsbildung zunächst in Frage kämen, nicht gelingen wird, eine parlamentarische Minderheitsregierung zu bilden, so ist die Bildung einer bürgerlichen Koalitionregierung in Frage kommen, bei dem dem neuen Schuber-Bloch die entscheidende Rolle zufällt. Die Christlichsozialen haben zusammen mit der Schuber-Fraktion auch eine Mehrheit, wenn die Heimwehretreter in Opposition bleiben würden. Ob eine solche Entwicklung bevorsteht, kann heute noch keineswegs gesagt werden. Hingegen steht unabweisbar fest, daß der Wahlausgang in Österreich, der, im großen gesehen, eine deutliche Abgabe an jeden politischen

Radikalismus bedeutet, eine normale und durchaus legale Entwicklung in Österreich ihrer Hinsicht garantiert, die sich auf die Verteilung der politischen Kräfte stützt, welche die letzten Wahlen mit aller wünschenswertesten Klarheit aufgedeckt haben. Dr. W a s s e r b a d.

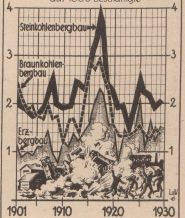
## Die Gefahrenmindeutung im Bergbau.

Drei Bergwerkskatastrophen haben im Laufe dieses Jahres das deutsche Volk aufgeschreckt und herzerzitterndes Feil auf Hunderte von Angehörigen geschüttelt. Soll, so fragt sich die große Masse des Volkes, nach wemigen Stunden der Bestimmung und der Teilnahme der düstere Alltag tief in den Eingeweiden der Erde stets neues Unheil bringen? Nein, so verlassen und den Kaumen des Schicksals unterworfen ist der Bergmann da unten nicht; es muß schon eine ganze Reihe ungünstiger Momente zusammenwirken, wenn heute noch eine Katastrophe eintritt. Schon nach dem Überbringen des ersten Teufelsdrachens begann auch die möglichst sichere Ausgestaltung des Grubenbetriebes, und die Erfahrungen länger Jahrzehnte haben die vielfachen Bestrebungen zur Sicherung menschlichen Lebens im Bergbau zu einer Wissenschaft werden lassen. Fortschritt, praktische Erfahrung und Zufall, diese drei haben schon manches große Unheil im Bergbau verhütet, und vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo Massengräber der Vergangenheit angehören. Es ist auch für Laien in allen deutschen Gauen wissenschaftlich, mit welcher Intensität gerade in Deutschland den Gefahren im Bergbau zu keibe gegangen wird.

Im Saargebiet, wo sich die jüngste Grubenexplosion ereignet hat, steht auch die Frage der amtlichen Unfallbekämpfung im Bergbau.

## BERGMANNSLOS

Tödtliche Unfälle im Bergbau auf 1000 Beschäftigte



Die Verhältnisse der Verhütung des Grubenunfalls im Bergbau so unangehörige wichtige Gefährdungsfaktoren ausprobiert und für gut befunden worden. Feiner Gefährdungsfaktor wird mit Kohlenstaub vermischt oder in Gefährdungsfaktoren aufbewahrt. Durch den Druck der Explosionen mischen sich die beiden Staubarten, wodurch die Kraft der Explosion gebrochen und die Gefahr lokalisiert oder von vornherein ausgeschaltet wird. Sachverständige, die die Grube „Maybach“ besichtigt haben, sind sich darin einig, daß nur durch die Gefährdungsfaktoren mit größeres Anteil vermieden worden ist. Jedemfalls brachte dieses Verfahren wesentliche Fortschritte gegenüber der früher angewandten, in zahlreichen Fällen sehr problematischen Streckenberieselung durch Wasser.

Einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege der Gefahrenbekämpfung im Bergbau brachte das letzte schwere Grubenunglück im Saarrevier: die Schlagwetterexplosionen auf „Minister Stein“ im Februar 1925. Von diesem Zeitpunkt an verlor man den Gedanken, eine ganze Schachtanlage mit Untertagebetrieb zu einer Verhütungsgabe auszubauen. Die Stilllegung von Schachtanlagen durch den Rationalisierungsprozeß zum tiefen Dorthaben zugute. Nach langen Verhandlungen und Überlegungen wurde am 2. Oktober 1927 endgültig die modern eingerichtete, dem preussischen Staate gehörige Zeche „Hibernia“ in Gelsenkirchen für diese Zwecke aussersehen. Für Veruche hat die Grube einen jährlichen Betrag bis zu 750 000 RM. zur Verfügung, der zu gleichen Teilen dem Deutschen Reich, dem Lande Preußen und der Knappschaftsberufs-



genossenschaftlich aufgebracht wird. Die Geschäftsführung liegt in der Hand des schon genannten Leiters der Dortmund-Veruchsstreße, Bergsefflor Dr. Beyling. Dadurch ist die beste Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen der Veruchsstreße und der Veruchsstreube gegeben. Der Betriebsdirektor der Veruchsstreube ist Bergsefflor Schulze-Rhonhof, der zur Durchführung dieser bedeutenden Untersuchungen aus dem Staatsdienst beurlaubt worden ist.

Gor mannigfaltig sind die Arbeiten zur Erforschung der Unfallgefahr im Bergbau. Die Veruchse der „Hibernia“ dienen der Verchtigung der beiden Hauptgefahren:

1. der Erforschung der Entstehung und des Verlaufs von Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen sowie der Prüfung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Grubenbränden;
2. der Erforschung der mit der Selbsthaft zusammenhängenden Fragen (Gangvorrichtungen, Beanspruchung und Sicherheit von Seilen, Maßnahmen gegen Seilrutsch, Verchtigung des Abtreibens von Förderkörben usw.).

Die Forschung auf „Hibernia“ dient also lediglich der Unfallbefchtigung; eine Prüfung bergbaulicher Betriebsmittel auf ihre Derwendbarkeit hat erfolgt hier nicht, oder höchstens für solche Mittel und Apparate, die unmittelbar der Verchtigung von Unfällen dienen.

Seit der am 1. Januar 1928 erfolgten Inbetriebnahme der Veruchsstreube „Hibernia“ hat Deutschland als einzige Nation der Erde einen fossipieligen Untertagebetrieb lediglich in dem Dienst der Unfallbekämpfung gestellt. Hier können großzügige Veruche angestellt werden, wie sie auf den Veruchsstreuben aller Tage nur mangelhaft ausgeführt werden konnten. Die Arbeiten zielen sich hier unter Umständen vollziehen, die der bergbaulichen Praxis bis ins kleinste angepaßt sind. Dazu kommt, daß gerade „Hibernia“-Gesellschaften sich wegen ihrer Lagerung ausgezeichnet für Schlagwetterveruche eignen. „Hibernia“ vereinigt in sich alle Merkmale einer schlagwetter- und kohlenstaubgefährlichen Steinholgrube. Namentlich in früheren Jahren trat sie wegen ihrer reichen Grubengasentwicklung unter den Feden des Abtreibens unliebsam hervor. Infolge des steilen Einfallens der Gesteinsschichten, die den meisten Kohlenstaub entwickeln, war die Kohlenstaubentwicklung insbesondere im Nordfeld der Grube stets beträchtlich. Schließlich sind die Grubenräume schon in große Gassen vorgegründ, ein Umstand, der die Gefährlichkeit noch erhöht, was für die Zwecke der Veruchsstreube erwünscht ist. Die Veruche werden hauptsächlich auf der 11. und 12. Sohle in 710 und 882 m Tiefe ausgeführt. Nach unternommenen Vorbereitungen werden hier künstlich Explosionen hervorgerufen, die dann unter den verschiedenartigsten Bedingungen genau beobachtet werden. Zur Auswertung der Ergebnisse ist ein physikalisches Laboratorium eingerichtet. In den Explosionskammern sind besonders eingehende Untersuchungen über die Flammen- und Guntentwirlung von Sprengstoffen und Zündmitteln beim Schießen unter natürlichen Verhältnissen und bei schlagenden Wettern angestellt worden. Zum Vorgehen in erkundenden, giftigen Gassen nach Explosionen ist eine Rettungstruppe mit den erforderlichen Geräten vorhanden. Die Mannschaf erhält hier die für Ernstfälle unbedingt notwendige Schulung. Auch die hinsichtlich der Selbstgefahren angestellten Veruche haben für den praktischen Grubenbetrieb schon manche sicherheitlichen Vorteile gebracht.

Technik und Wirtschaft sind ohne Kohle nicht mehr zu denken, und dennoch muß der Schutz des menschlichen Lebens über der Jagd nach den schwarzen Diamanten stehen. Ein großzügiges, neuartiges Unternehmen zur Lebensförderung der Bergarbeiter ist, wie aus vorstehender Skizzierung hervorgeht, auf der Jede „Hibernia“ vorhanden und hat in den fast drei Jahren des Bestehens schon überaus fruchtbar Arbeit geleistet. Zwar läuft der Vertrag vorerst nur bis zum Jahre 1932, hoffentlich wird er aber auch über diese Zeit hinaus verlängert, denn es ist höchste Pflicht von Reich, Staat und Berufs-genossenschaft, daß das Köhnen der Untertage-Pioniere nach Kräften gesichert und entgeltet wird. Gerade die letzten großen Unfälle haben bewiesen, daß es auf diesem Gebiete noch manches Rätsel zu lösen gilt, und das kann nur in unermüdlichen sachmännischen und wissenschaftlichen Veruchen erfolgen. Mögen die öffentlichen Haushalte in dem vor uns liehenden Vorjahr noch so sehr zusammengegriffen werden, einige werden sich alle Deutschen darin freuen, daß für die Bekämpfung der Unfallgefahr im Bergbau keine Mark abgezogen werden darf. Und sollte für besondere Veruche neue Mittel angefordert werden, dann wird kein Abgeordneter durch eine Ablehnung sein Gewissen belasten wollen. Und den weiteren vorwiegenden Arbeiten der Veruchsstreube sei der alte, schlichte Bergmannsgruß „Gülden“ zugerufen! L e o H a m p, Selbstentz.

## Die britische Reichskonferenz.

Am 1. Oktober ist in London die vierte britische Reichskonferenz zusammengetreten. Sie unterscheidet sich sowohl in ihrem Äußeren als auch in Bezug auf die zu verhandelnden liehenden Probleme sehr wesentlich von ihren drei Vorgängerinnen. Die erste

derartige Konferenz im Jahre 1917 war eine Kriegskonferenz. Ihre Aufgabe war, die einzelnen Teile des britischen Weltreiches in die widerstandsfähige Gefolgschaft der Londoner politischen Führung zu bringen. Die beiden folgenden Konferenzen in den Jahren 1921 und 1926 trugen ausgeprochen politischen Charakter. Die erste von ihnen hatte sich in erster Linie mit Fragen der Reichsverteidigung und dem Fortfall des englischen Bündnisses mit Japan und der kurz bevorstehenden Washingtoner Abrüstungskonferenz zu befassen, die zweite dem inneren Aufbau des britischen Reiches dem fortgeschrittenen Charakter der Dominions entsprechend eine neue Form zu geben. Sie hat das britische Weltreich zu einem Staatenbund gemacht, in dem die einzelnen Dominions Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland, Südafrika und der Irische Freistaat zu selbständigen, nur durch die Krone Englands verbundene Zoll- und Wirtschaftsgebiete geworden sind, die ihre eigenen diplomatischen Vertreter im Auslande unterhalten und selbständige Mitglieder des Völkerebundes sind.

Die am 1. Oktober zusammengetretene vierte Konferenz soll zunächst einmal feststellen, ob und wie weit sich die neue Organisation bewährt hat. Sie soll insbesondere die Frage der Stellung der Generalgouverneure, die in den Dominions nur noch die Krone vertreten sollen, dann aber auch die weitere Frage der Schaffung eines britischen Weltreichsgerichtshofes klären. Darüber hinaus aber ist die in erster Linie eine Wirtschaftskonferenz. Ihre Aufgabe ist, die Einheit der Politik und des Handels innerhalb des Reiches herzustellen, insbesondere zu einem ganzem Komplex wirtschaftlicher Fragen Stellung zu nehmen, die sich aus dem komplizierten britischen Weltband und der fortgeschrittenen Industrialisierung der Dominions ergeben haben. Beides drängt zu einer Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen und dem Mutterland. Im Vordergrund steht dabei die unter Führung von Lord Beaverbrook immer größerem Umfang annehmende Bewegung für imperiale Schutzzölle und angemessene Vorzugstarife zwischen den Mitgliedsstaaten des Reiches. Das bisherige, aber durch die Vervielfachigung und Industrialisierung der Dominions in den letzten Jahren erstens System der Vorzugsbehandlung britischer Güter innerhalb des Reiches soll weiter aufrehtet und den neuen Verhältnissen angepaßt werden, im Sinne eines freihandels innerhalb des gesamten Reiches mit hohen Zollmauern gegen fremde Importe.

Hat die letzte Reichskonferenz dem inneren Aufbau des britischen Weltreiches in politischer Beziehung neue geregelt, so soll diejenige ihm also einen neuen wirtschaftlichen Aufbau geben. Englische Industrieerzeugnisse gegen Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse der Dominions, das ist der Gedanke, der in erster Linie dabei der Londoner Regierung vorwuchet, mit dessen Verwirklichung dem Empire nimmere auch in wirtschaftlicher Beziehung eine neue einheitliche Form gegeben werden soll. Gleichzeitig damit wird die Konferenz aber auch noch zu verschiedenen anderen Fragen Stellung nehmen, die sich aus der Unterzeichnung des Kellogg-Pautes, der politischen Entwicklung in Ägypten, in Palästina, im Irak und in Indien, aus den Ölkräften der emalischen Regierung, dann aber vor allem Dingen aus dem Londoner Flottenabkommen mit Amerika und Japan ergeben, das ganze neue Beziehungen zwischen den angelsächsischen Völkern geschaffen hat.

Der letzten vierten Reichskonferenz kommt also keine geringere Bedeutung für die Zukunft des britischen Weltreiches zu als deren drei Vorgängerinnen. Die Dominions sind auf ihrem größten Teil mit neuen Männern vertreten. Nur der Ministerpräsident von Südafrika, General Botha, und der Ministerpräsident von Irland, Cosgrave, waren bereits Teilnehmer der letzten Konferenz von 1926. In Kanada haben bei den letzten Wahlen die liberalen und konservativen Platz machen müssen. Sie haben ihren Ministerpräsidenten Bennett geschickt. In Neuseeland hat das Kabinett Cosgroves inzwischen einem Kabinett Ward weichen müssen, an dessen Stelle nimmere wieder ein Kabinett Forbes getreten ist, und in Australien ist bei der dortigen Wahlen die bisherige Koalition Bruce-Paage gegenüber einer neuen Labour-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Scullin unterlegen. Diese Veränderungen innerhalb der einzelnen Dominions sind ebenso wie die Namen der Vertreter der Dominions nach London mitgebracht haben und die es gilt, im Interesse der Erhaltung der Reichseinheit auf der Konferenz auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Daß dies nicht leicht ist, hat der bisherige Verlauf der Konferenz bewiesen. Daß es trotzdem aber gelingen wird, kann als sicher angenommen werden. Wenn auch seit der letzten Konferenz im Jahre 1926 die Selbständigkeitsbefreiungen der einzelnen Reichsteile sich weiter gesteigert haben, so wird doch von allen der Reichsgebante als solcher weiter hochgehalten. Es ist deshalb auch notwendig, schon jetzt auf den bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen näher einzugehen, vielmehr angebrachter, hierzu zunächst einmal das Ergebnis derselben abzuwarten. R o h d e.



## Die amerikanischen Wahlen.

Die amerikanischen Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus haben den Republikanern, also der Partei des Präsidenten, schwere Verluste gebracht. In beiden Häusern bleiben noch zwei entscheidende Abstimmungen verbleibend, da ein Teil der Republikaner, die unabhängigen Republikaner, häufig mit den Demokraten zusammengehen und da gerade diese Elemente im Augenblick besonders verstimmt gegen Hoover sind. Dennoch muß man sich hüten, den Erfolg der Demokraten zu überhöhen, und dies vor allem aus zwei Gründen.

Einmal ist die demokratische Partei innerlich noch sehr viel zerfällter als die republikanische. Man versteht in Europa leicht, daß die Demokraten aus zwei völlig verschiedenen Bekandtellen zusammengesetzt sind: den Demokraten der nördlichen Atlantikstaaten und denen des Südens. Jene schreiben sich in der Hauptsache her von dem nicht in amerikanischen Schmelztiegel aufgewachsenen Einwanderern, den katholischen Iren, den katholischen Italienern, den Schotten und ähnlichen Elementen, die im Staate New York selber mächtig sind und hier ihren Konzentrationspunkt in Tammany Hall finden. Aber auch in den nördlich von New York gelegenen Neulandstaaten, besonders in Massachusetts mit Boston, ferner in Ohio und in Illinois (Chicago), wird diese Spielart der Demokraten beträchtlichen Einfluß. Sie sind der republikanischen Partei feind wegen deren zentralistischer Haltung. Die Demokraten des Südens aber, hauptsächlich die der alten Sklavenstaaten, heftigsten Feind der republikanischen Demokraten (in Tammany Hall) sind sogar Neopaganen!), denn sie sind im Punkte des Protestantismus und des Puritanismus hundbertprozentig amerikanisch. Sie hätten gar nichts gegen einen Zentualismus, wenn der streng puritanisch und protestantisch wäre, und sie verachten es nur heute noch der republikanischen Partei, daß diese gegen die Interessen des Südens für Emanzipation der farbigen und für eine dem Süden nicht förderliche Industriepolitik eingetreten ist. Noch heute trennt der Bürgerkrieg diese südlichen Demokraten von den Republikanern, aber schließlich ist dies Trennungsmoment historisch, während die Kluft zwischen den Südl. und Norddemokraten, die sich auf rein gegenwärtige Probleme bezieht, eigentlich viel tiefer geht.

Damit hängt der positive Umstand zusammen, der eine Überwindung des demokratischen Sieges verhindert. In allen Grundproblemen der heutigen politischen Situation — Tariffrage, Einwanderung, Prohibition, Abrüstungsfrage, Imperialismus, Wege, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, Farmerfrage — läuft der Schnitt nicht zwischen Republikanern und Demokraten, sondern mitten durch die Parteien hindurch. Gerade daraus erkennt man, wie veraltet das heutige amerikanische Parteienbild überhaupt ist, wie veraltet die geläufigen Parteibezeichnungen sind. Es scheint, als ob Hoover für die nächsten zwei Jahre seiner Präsidentschaft durch den Ausgang der letzten Wahlen ziemlich lahmgelegt sei, in Wirklichkeit jedoch steht ihm gerade im Zukunft ein weites Betätigungsfeld offen, wenn er sich nur entschließt, in sehr viel härterer und aktiverer Weise als bisher die Geschäfte seines Landes in die Hand zu nehmen.

Das eine ist zweifellos richtig an den bisherigen Beurteilungen des Wahlergebnis: es ist als Protest gegen Hoover zu bewerten. Man ist sehr unzufrieden mit ihm und ist bereits geneigt, ihn in die Serie der erfolglosen Präsidenten der letzten Zeit — siehe Wilson und Harding — einzuschließen. Nun ist es ja sicher persönliches Pech Hoovers, daß er, der als prosperity-Präsident erster Ordnung gewählt worden ist, gerade hineintraffen mußte in eine Krise, die doch in wesentlicher Weise aus der Weltwirtschaftskrise zu erklären ist, aber ungeachtet all dessen der Präsident in der Bewältigung der Krisenereignisse bislang keineswegs glückselig war. Er glaubte seiner Aufgabe zu genügen, wenn er Enquete-Kommissionen einsetzte und sich in einem fröhlichen Optimismus gefiel. Zunächst sagte das dem Amerikaner zu, denn der Pessimismus gilt dort geradezu als Verbrechen, allmählich aber spürte man doch, daß diesmal die Krise mit einem Säekeln nicht zu beseitigen ist, und so gilt denn heute Hoover zwar als ein tüchtiger Ingenieur aber als miserabler Wirtschaftsführer.

Diese Mißstimmung gegen Hoover, die sich verbindet mit einem allgemeinen Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber der Krise, ist aber so ungesund das richtige, das konkret aus dem Wahlergebnis herauszufließen ist. Gar nichts will es besagen in bezug auf die Frage nach dem freien Wenden man in Europa glaubt, daß die Abschaffung der Prohibition auf dem Marsche ist, so läuft man sich gründlich. Auch hier darf man eine Stimmung, wie sie unter der Einwandererdemokratie herrscht und auch in gewissen Schichten des südlichen Republikanismus, nicht als irgendwie beweisfähig ansehen für die öffentliche Meinung im Lande. Die Industrie, namentlich die Großindustrie, ist für strikte Beibehaltung der Prohibition, weil der Arbeiter sein Geld nicht verbrinnen, sondern in Industrie-

artikeln anlegen soll, und weil man eine Wiederkehr der blauen Montage fürchtet, die unter der Herrschaft des alten „Saloon“ gang und abge waren. Der Süden ist einseitig trocken, weil er den betrunknen Aeger fürchtet, und ebenso trocken sind das gesamte Puritanertum und der größte Teil der Frauen. Gerade ein Amerika, das wieder zu alten Prosperity anjehen will, das also eine neue Industriekrise gebraucht, hat im großen Durchschnitt gar nicht die Zeigung, wieder naß zu werden. Dilettant das man den Volkswitz nicht revidiert, der ein Ausfüllungsgefäß ist zum achtzehnten Verfassungsversuch. Aber dies Amendement selber wird schon deshalb auf lange hinaus in Wirklichkeit bleiben, weil die Änderung einer Verfassungsbestimmung in den Vereinigten Staaten ungemünz schwierig ist. Das achtzehnte Amendement konnte im Kriegstrudel durchbringen, Wege aber, es im Frieden zu befestigen, sind kaum erfindbar.

Wolff Grabowsky

## Wahlen in Norwegen.

Die kirchlichen Neuwahlen in Norwegen haben für das Land selbst zunächst die Bedeutung, daß ihr Ergebnis für die ganze Session des Stortings, das heißt drei Jahre, gültig ist, da die Volksvertretung nach der Verfassung sich wieder selbst auflösen muß durch den König aufgelöst werden kann. Das besondere Interesse an diesen Wahlen galt aber auch der Frage nach der Vorrücktheit der Arbeiterpartei, und diese Frage interessiert das Ausland ebenso wie bei den Wahlen in Dänemark, Finnland, Österreich.

Die Möglichkeit, daß die norwegische Arbeiterpartei die absolute Mehrheit gewinnen könnte, war so wahrscheinlich auf 76 Sitze, besaß wohl nur in der Theorie, selbst wenn man zu diesen 76 Sitzen noch die bisherigen 3 Kommunisten gerechnet hätte. Aber die allgemeine Aufwallung ging auf ein starkes Anwachsen der Arbeiterpartei hin, während das Wahlergebnis das Gegenteil brachte. Die bürgerlichen Parteien nahmen fast alle zu, die Kommunisten verschwanden ganz und die Arbeiterpartei (Sozialdemokraten) verloren 12 Abgeordnete. Eine Gegenüberstellung der Ergebnisse von jetzt gegen 1927 zeigt das:

Rechte	40	(29)
Freiwillige Kinte (Freiwilliger)	4	2
Bauern	23	(26)
Kinte	53	(50)
Katholische Volkspartei	1	(1)
Arbeiterpartei	47	(59)
Kommunisten	0	(3)

150 150

Trotzdem die Parteigegensätze zwischen rechts und links in Norwegen vielleicht stärker sind als in den andern skandinavischen Ländern (siehe Finnlands; denn der Segen der Kappo-Bewegung, mit deren Hilfe zunächst die ganzen Parteien einzig und gar nicht vorhanden), so gibt die Entmischung und das letzte Schicksal der norwegischen Arbeiterpartei doch einen hinreichenden Beweis gegen die Zwitterisierung dieser Länder. Bis 1918 war die norwegische Arbeiterpartei eine große parlamentarische sozialdemokratische Partei wie in Schweden, Dänemark und Finnland. Seit 1918 begannen aber die sowjetischen Einflüsse sich geltend zu machen, so daß die Sozialdemokraten nur noch als kleine Opposition in der Partei blieben und sich schließlich ganz davon loslösen mußten, als 1921 die Arbeiterpartei unter diesem Namen der Dritten Internationale beitrug und aus den ganzen Parteiparat wie die große Presse an sich nahm. Dänisch und schwedisch, und auch in Moskau ließen sich die norwegischen Kommunisten jedoch nicht beugen, mit Ausnahme einer kleinen Minorität, und wurden daher aus der Dritten Internationale wieder ausgeschlossen. Nunmehr gab es in Norwegen drei Gruppen: 1. die alte Sozialdemokratie, 2. die Arbeiterpartei kommunistischer Richtung, jedoch unabhängig von Moskau, weder der Zweiten noch der Dritten Internationale angehörig, 3. die kommunistische Partei, Mitglied der Dritten Internationale. Obwohl auch die Gewerkschaften sich inzwischen von der Amberdamer Internationale losgelöst hatten, trennte sich der Moskau angeschlossen, fanden sich die beiden ersten Gruppen wieder zusammen und bei den Wahlen im 1927 wurde die Arbeiterpartei mit 59 (gegen bisher 32) Mandate die fürstliche Stortingsfraktion, während die Moskauer Kommunisten nur 3 Mandate erzielten. Sie übernahm damals auch für kurze Zeit unter Hønsrud die Regierung, jedoch brachte sie ein eigenes extremes Programm und der eorientierte Widerspruch den der Besch vertretenden Partei bei den jügl. Wahlen nicht den geringsten Einfluß, man arbeitete wieder mit der Förderung von Abschaffung der Monarchie und der Kirche, mit wirtschaftlichen Absichten, die für die bürgerlichen Parteien von vorzobern als Schreckbild wirken mußten und diesen viele Wähler zuführten. Das Ergebnis ist, daß die Arbeiterpartei, statt die Mehrheit zu gewinnen, tatsächlich unter ein Drittel der Gesamtmandate gesunken sind. Außenpolitische Vermittlungen, die eine absolute Mehrheit der kommunistischen Arbeiterpartei im Gefolge hätte haben können, sind damit jedenfalls vermieden.

Der neue Reichstag.

Die Zusammenlegung des am 14. September gewählten Reichstags hat gegenüber dem vorläufigen mitteldeutschen Ergebnis, wie es im zweiten Septemberheft S. 286 mitgeteilt worden ist, einige, wenn auch nicht wesentliche Änderungen erfahren.

Die Zahl der kommunistischen Abgeordneten hat sich infolge Zugangs an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses von 76 auf 77 erhöht. Sechs Mitglieder der Volkswanonen Reichsvereinigungen sind noch vor Eintritt des Reichstags aus der Deutschen Staatspartei ausgeschieden, so daß diese Partei nicht in fraktionsloser Form vertreten ist. Die drei auf Kanbunblenden gewählten Abgeordneten sind der fraktion des Deutschen Kanbunblends beizugehen.

Das Deutsche Kanbunblend (Christlich-Nationale Bauern- und Kanbunblendpartei), die Konserwative Volkspartei und die Deutscher-Hannoversche Partei sind im Wahlkampf infolge Zusammengehens, als sie den gemeinsamen Reichswahlvorschlagn Nr. 10 unter der Parteibezeichnung „Deutsches Kanbunblend (Christlich-Nationale Bauern- und Kanbunblendpartei)“ eingereicht haben und auf diesen ihre Respektiven aus den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden beruhen ließen. Nach dem Wahlabkommen sollten auf diesem Reichswahlvorschlagn von den Vertretern der drei Gruppen je sozial Sitze angenommen werden, als die Zahl der von den einzelnen Gruppen abgeleiteten Respektiven entpach. Hiernach würden von den auf diesen Reichswahlvorschlagn entfallenden 13 Sitzen sieben auf Kanbunblendvertreter, fünf auf Vertreter der Konserwativen Volkspartei und ein Sitz auf einen Vertreter der Deutscher-Hannoverschen Partei getroffen haben. Ein Vertreter der Kanbunblendpartei, der Abg. Mönke, hat infolge an seiner ursprünglichen Dersichtserklärung nicht beigehalten, so daß nur vier Vertreter der Konserwativen Volkspartei in den Reichstag einzeln kommen konnten. Ob das Mandat des Abg. Mönke rechtsgültig ist, wird das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag zu entscheiden haben.

Die vier Vertreter der Konserwativen Volkspartei haben sich mit den 14 Vertretern des Christlich-Sozialen Volkswanones zu einer

fraktion zusammengeschlossen. Dieser fraktion sind auch die drei Vertreter der Deutscher-Hannoverschen Landespartei als Gäste beigeheten. Diese fraktionsgemeinschaft will infolgedessen nur technische Bedeutung haben, nur auch den in ihre vereinigten Gruppen eine Vertretung in den Reichstagsausschüssen zu ermöglichen.

Die Zusammenlegung des Reichstags ist nunmehr folgende:

fraktionen:	
Sozialdemokratische Partei Deutschlands . . . . .	145 Mitglieder
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei . . . . .	107 "
Kommunistische Partei . . . . .	77 "
Deutscher-Hannoversche Volkspartei . . . . .	68 "
Deutsche Volkspartei . . . . .	41 "
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) . . . . .	25 "
Deutsches Kanbunblend (Christlich-Nationale Bauern- und Kanbunblendpartei) . . . . .	21 "
fraktion des Christlich-Sozialen Volkswanones und der Konserwativen Volkspartei . . . . .	21 "
Bayerische Volkspartei . . . . .	19 "
Mitglieder, die keiner fraktion angehören:	
Deutsche Staatspartei . . . . .	14 "
Deutsche Bauernpartei . . . . .	6 "
Volkswanonen Reichsvereinigungen . . . . .	6 "
Bei keiner Partei (Abg. Mönke) . . . . .	1 "
zusammen 577 Mitglieder	

Zum Präsidenten des Reichstags wurde wiederum der Abgeordnete Köbe (SPD), zu Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Gieseler (DVP), Effer-Eastrich (S) und Stöhr (NSDAP) gewählt.

Ministerialrat Dr. Kaufenberg.

Blick in die Bücher

Politik als Wissenschaft. Zehn Jahre Deutsche Hochschule für Politik. Herausgegeben von Ernst Jäckh. Verlag Hermann Redendowf G. m. b. H., Berlin SW 48, 510 S., Preis geh. 6 M.

Schon aus dem Titel geht hervor, daß dieses Buch zweierlei enthält: Einen Rechenschaftsbericht der Deutschen Hochschule für Politik über ihre ersten zehn Lebensjahre und einen Strauß von Studien — gemäßigten als Gehörtsaufschriften — zu dem Thema „Politik als Wissenschaft“, das sich die Hochschule als Aufgabe gestellt hat. Es ist ein fasslicher Kranz von Mitarbeitern, der so an uns vorberichtet. Sie sind alleamt irgendwie Valente bei der Aufrechterhaltung des Wertes der Hochschule gewesen, einzeln, ob sie nun über die praktische Arbeit berichten oder einen akademischen Beitrag zu den wissenschaftlichen Problemen beileuern. Mitarbeiter sind: Ernst Jäckh, Otto Hoeflich, Georg Cleinow, Adolf Grabowf, Fritz Poehsch-Bestler, Max Hilbert Boehm, Albert Salomon, Carl Memmie, Theodor Heuß, Johann Strang, Emil Doofat, Goetz Briefs, Hans Simons, Arnold Wolfers, Oswald Schneider, Erwin Marquardt, Wilhelm Haas, Karl Chemie, Katharina von Mayer, Sigmund Neumann und Hans Eberbach. Unter den wissenschaftlichen Beiträgen ragt besonders hervor der Aufsatz von Jäckh über „Beiträge zum Locarno- und Kellogg-Vertrag“, der sehr bedeutsame historische Aufschlüsse über die Entstehungsgeschichte dieser beiden Verträge bietet, der aber infolgedessen noch aufschlußreicher ist, als hier in überarbeiteter Weise die Wechselbeziehung zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischer Praxis in der Schutzgeschichte dieser beiden Verträge erfaßt nachgewiesen wird. Infolfern ist dieser Beitrag geradezu ein „modernes“ Geschichtsdokument: charakteristisch dafür, wie jetzt die wissenschaftliche Denkmethode (nach Medizin, Technik, Ökonomie) auch auf das Feld der realen Politik übergreift. Auch der Aufsatz von Otto Hoeflich über „Außenpolitische Bildung und außenpolitische Erziehung“, der mit erfreulicher Frische und Offenheit die Mängel des herrschenden wissenschaftlichen Betriebs auf diesem Gebiete bloßlegt und zugleich die Wege zur Reform zeigt, ist auf das höchste Maß abgemittelt. Auch er legt den Akzent des gegenwärtigen Problems in der Politik auf die Verbindung von Theorie und Praxis durch den Lehret. Man kann und muß den Aufsatz von Hoeflich von A—Z unterstreichen und möchte nur wünschen, daß er in möglichst weite Kreise dringt. Erkreucht ist, daß Hoeflich in seinen prägnantesten Theesen auch aus den Erfahrungen der Vortagsarbeit der Reichszentrale für Heimatdienst schöpft. In die gleiche Linie gehört der Beitrag von Fritz Poehsch-Bestler:

„Die Erziehung zum deutschen Staat.“ Er ergänzt die Gedankengänge von Hoeflich folgendermaßen nach der innenpolitischen Seite in glücklicher Weise. Auch sein Beitrag müßte gemeinsam mit dem von Hoeflich ins Volk gebracht werden. Samenreife ist, daß „Gedanken des deutschen Nationalstaates“ als Aufgabe und „Ideal“ an die Spitze dieser neuen „Erziehung zum deutschen Staat“ stellt. Besonders gut gelangen und lehrreich erscheint uns eine Bemerkung wie diese: „Ist es aber einer großen Nation würdig, daß nur ihr Schaden der Lehretmeister sein kann?“ Fast wie ein Motto über weite Partien der deutschen Geschichte nutzt uns diese glückliche Prüfung an. Auch was Georg Cleinow über „Die europäischen Probleme als Lehrfach“, was Adolf Grabowf über „Staatskenntnis durch räumliches Denken“ was Max Hilbert Boehm über „Erziehung zur Deutschlandspolitit“, Albert Salomon über „Innenpolitische Bildung“, Carl Memmie über „Politik und Pädagogik“, Johann Strang über „Politik und Schule“, Emil Doofat über „Die politische Schulung des Journalisten“ und Goetz Briefs über „Ingenieur und politische Bildung“ zu sagen haben, ist in jedem einzelnen Falle instruktiv. Für den praktischen Pädagogen der Politik ist besonders interessant darunter der Aufsatz von Salomon und der von Strang. In dem Beitrag von Goetz Briefs ist besonders treffend, was er über den „tragischen Konflikt“ der Ingenieure zu sagen hat, dessen „Betriebsumwelt“ härter politisiert ist als er selbst, und überwiegend politisch in andere Richtungen strebt als er selbst“. Hier spürt man wie ein modern denkender Hochschulprofessor die Spannung zwischen der traditionellen Lehrweise und den praktischen Erfordernissen der Gegenwart wirklich erkannt hat und nach Lösungen strebt. Der Beitrag von Theodor Heuß über „Friedrich Naumann als politischer Pädagoge“ ist fast eine Ergänzung zu dem Einleitungsansatz von Ernst Jäckh über die Arbeitsberichte. In diesem Einleitungsansatz „Zur Gründung und Entwicklung der Deutschen Hochschule für Politik“ legt Jäckh zum erstenmal die fäden und Zusammenhänge dar, die zur Gründung der Hochschule geführt haben und ihre verschiedenen Entwicklungsschichten. Hans Simons, der langjährige Direktor, schreibt über „Lehre und Lehret“. Der allem fördernd scheint uns darin, was er über Wert und Grenzen der „Ferdachlung“ der politischen Pädagogik ausführt. Sein Nachfolger Arnold Wolfers gibt einen praktischen, mit Hissen belegten Bericht, der die stetig aufsteigende Entwicklungstunde und die allmähliche Klärung in Ziel und Methode aufzeigt. Der ehemalige Direktor der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Oswald Schneider, be-

richtet über Ausbildung der Attachés des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Politik. Es folgen dann die Berichte über die einzelnen Seminare der Deutschen Hochschule für Politik, des Sozialpolitischen Seminars (Carl Memmle), des Geopolitischen Seminars (Idolf Grabowsky), des Staatsbürgerkundlichen Seminars (Johann Strang), des Deutschseminars (Max Hildebert Boehm), des Erziehunglichen Seminars (Georg Kleinow) und über die Volkshochschule (Erwin Marquardt). Aber die Auslandsarbeit besetzt Wilhelm Haas. Soborn ist insofern interessanter und anregender. Welfe Karl Chiame über den äußerst reichhaltigen „Literaturbericht“ der Hochschule für Politik, den kein Politiker missen möchte, schließlich über die Bibliothek Catharina von Mayer, das Archiv Sigmund Neumann, über die Hörforschung und den Hörfunkschau Hons Teichardt. In einem Anhang sind noch verschiedene Statistiken und Daten über die sonstige praktische Arbeit der Hochschule in ihrem ersten Dezennium mitgeteilt.

Im ganzen gibt dieser Epilog, der gleichzeitig ein Prolog ist, ein erfreuliches Bild von einem regen schaffenden, geistigen und praktischen Leben. Er ist intern ein Dokument dafür, daß hier eine Gemeinschaft von Männern und des Willens im Werden ist, die Gemeinschaftsarbeit im höchsten und schwerigsten Sinne leisten will. Es ist extern ein Dokument dafür, daß die geistigen Schöpfungskräfte des deutschen Volkes in der Politik trotz des Zusammenbruchs immer noch ungeschoren sind, und daß hier an einem positiven Objekt ein Stück der Wiederaufbaubarkeit geleistet worden ist, die versucht, an moralischen Kräften zu erheben, was die Nation an materiellen verloren hat — um in der Sprache Friedrich Wilhelms III. nach dem Zusammenbruch Preußens zu sprechen. Ziegler.

**Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung.** Herausgegeben von Prof. Dr. Hans Alperder. Verlag Neimar Hobbing, Berlin. 2. Band, 210 S. Preis 30 RM.

Auf den ersten Band dieses grundlegenden Werkes, der die Artikel 102 bis 117 zum Gegenstand hatte und der kurz vor dem zehnten Verfassungskongress im vergangenen Sommer erschienen ist (siehe Besprechung im „Heimadient“ 9. Jg. Nr. 13), ist nunmehr der zweite Band dieses großartigen Spezialcommentars für den zweiten Teil der Reichsverfassung gefolgt. Er behandelt in 16 Einzeldarstellungen, die durchweg von hervorragenden Sachkennern kommen, die Artikel 118 bis 142.

Aufs neue zeigt sich die erhebliche praktische Bedeutung und starke Aktualität, die diese ursprünglich oft als einseitig theoretisch, doktrinär und lebensfern angesehenen Vorschriften der Reichsverfassung gewonnen haben. Daß es sich nun um die sachgemäße Festlegung von Grundrechten über die Ehe, die Familie, die Mutterchaft oder um das Ertrrecht, die Stellung der unehelichen Kinder, den Jugendbeschütz oder auch um die Prinzipien von Zensur und Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht, Petitionsrecht handelt; das offensichtlich sind dies alles Gegenstände, die in der praktischen Gesetzgebung unserer Tage — es sei nur an die Strafrechtsreform und das Republik-schutzgesetz erinnert — eine große Rolle spielen. Mindestens ebenso hoch haben in letzter Zeit, vor allem anlässlich des Volksgesetzes, die Bestimmungen über die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis oder über die Rechte und Pflichten der Beamten die Öffentlichkeit bewegt. Probleme der Selbstverwaltung sind nicht weniger aktuell als solche der verfassungsmäßig geforderten Gleichheit in der Kaltenverteilung. Die grundlegenden Verfassungsartikel über die Glaubens- und Gewissensfreiheit und über die Religionsgesellschaften haben bei der Neuordnung der Beziehungen zu den Kirchen in Preußen aktuelle Bedeutung gewonnen. Über die Tragweite der prinzipiellen Bestimmungen über die Freiheit von Wissenschaft und Kunst für die Entwicklung unseres kulturellen Lebens befinden in einer Zeit, in der die Diskussion über Fragen der Hochschulreform, über das Schand- und Schmutzgesetz, über die Filmzensur und ähnliche Themen nicht abtrifft, wohl keine Zweifel.

Dies mögen nur einige Beispiele sein, die zeigen, in welchem Maße die Grundsätze des zweiten Teils der Reichsverfassung auf politische Tagesfragen einwirken. Besonders wertvoll wird der Kommentar durch seine sehr ausgiebigen Verneilungen auf die Spezialgesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung. Er kann daher als ein für Wissenschaft und Praxis gleich wertvolles Werk empfohlen werden; dem dritten Band, der das Werk abschließen soll, darf man mit Interesse entgegensehen.

**Das Reich in Etappen.** (Zu Pinnows Deutscher Geschichte.)

Hermann Pinnow steht an den Anfang seiner in der frankfurter Verlagsanstalt A.-G. erschienenen „Deutschen Geschichte, Volk und Staat in tausend Jahren“ die sinnfällige Betrachtung von der inneren Kongruenz zweier großen Ereignisse. Die der Wahl des Schützenkönigs Heinrich zum deutschen König der Wille der deutschen Stämme zum Ausdruck kam, eine eigene

staatliche Gemeinschaft zu gründen, so wurden die Männer der Weimarer Nationalversammlung, ein Jahrtausend später, von dem Willen geleitet, den von dem Kriege und den sozialen Strömungen des Jahrhunderts erschütterten Reichsbau zu erhalten, in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und dem inneren und äußeren Frieden zuzuführen.

In vier großen Etappen vollzieht sich nach Pinnow der Aufbau des Reiches. Auf das fränkische Großreich folgt das Reich der deutschen Kaiser. In hellem Glanz erstrahlt des Reiches Geschichte unter dem Fürstentum der Staufer, dessen Stern so jäh erlosch, wie er aufgegangen war. Heilige Kämpfe werden schon jetzt zwischen weltlicher und geistlicher Macht ausgefochten, die ihren Höhepunkt erreichten in dem Zugzug Heinrichs IV. nach Canossa. Kreuzzüge füllen die Epoche aus. Reichthum schießt vom Osten nach dem Westen. Einige Jahrhunderte später ist es Amerika, das seine Goldader aufat. Brandenburg und die Ostpreußen, Schlesien und Böhmen werden von deutschen Menschen besiedelt. Glanz und Herrlichkeit des deutschen Namens, Denkens und Fühlens finden ihre künstlerische Verwirklichung in großartigen Bauten, profanen und kirchlichen Meisterwerken des romanischen und hochromanischen Stils. Darüber von der Vogelzube jubiliert seine herausragenden Minneleser in der Welt. Hartmann von Aue, Wolfram von Eschenbach, Gottfried von Straburg zeigen zum ersten Male aus der rein kirchlichen Atmosphäre in das Bereich des allgemein Menschlichen vor.

Auf die Zeit der Kaiser folgt als zweite Etappe das Bürger-tum. Die drei Jahrhunderte von 1200 bis 1500 werden aus-schlaggebend für die Bildung einer deutschen Volksgemeinschaft. Städte sprechen aus der Erde, ein reiches Kaufmannstum bildet sich. Das Rittertum wird zum Bauerntum abgelehrt. Neue Ideale reifen. Mit den Städten entwirft sich der Handwerkerstand und das Zunft-wesen. Geschriebenes Recht und Gesetz bürgern sich ein. Als er-ster Vorboten einer neuen Zeit meldet sich im Humanismus die Kritik an den Lehren politischen und kirchlichen Fanatismus der Zeit. Hatten und Erasmus verkündet neue Lehren, die von göttlichen Kämpfen geladenen Humanität, die stehende und denkende Richtung in nationalen und europäischen Bewußtsein.

Kein Zufall ist es, daß Reformationszeit und Werden und Wachsen des fürstlichen Absolutismus in der dritten Periode der deutschen Geschichte zusammenfallen. Auswärtig der religiösen Freiheitspredigt waren nicht die Bauern, die sich im Jahre 1525 gegen ihre kirchlichen und weltlichen Herren auf-lehnten. Geführt ging die fürstentum aus den Religionskriegen hervor, und während sich auf deutschem Boden die ganze Kaese internationaler Söldnerheere über blühende Städte und Dörfer ergoß, sammelte sich in fürstlicher Hand die Absolutheit einer poli-tischen Macht, die mit Sonnen und Gewannen eben so weltlichen Ruf ihrer Völker niedertrastischen konnte. Barock wie diese fürstliche Allgewalt war die Richtung der Kunst. Erfordern war die Klarheit des Denkens. Die hohe aufstrebende Linie des gotischen Doms, die monumentale Schwere der romanischen Basilika verdrängte das pittoreske, verschönderte Spiel barocker Formen und Line. Deutsche Soldaten wurden an fremde Länder verkauft. Aus den Katakomben des Hohenasperg dröhnten die dumpfen Lieder des eingekerkerten schwäbischen Dichters Schubart, der dem nieder-gelassenen Volk sein Grabschloß an der Spitze eines vier- hundertjährigen Keisersgeschichte ließ, die molberntene Holo-potische Belangenschaft der deutschen fürsten, die mit einer fähigen Tat zu Ende ging: Das deutsche Volk fand auf und trieb unter Steins und Schwarzhörns Führung den fremden Eroberer aus dem Land.

Fürstliche Macht und Herrschaft hatten den deutschen Staat zweimal am dem Tiefstand der geschichtlichen Entwicklung gesetzt. Das 19. Jahrhundert kündete seine großen sozialen Umwälzungen durch die dumpfen Hammerschläge der französischen Revolution an. Nach billigen Reparationszahlungen wurden die fürsten zum Ein-leiten gezwungen. Zur Preußen und Österreich übergeben. Das Jahr 1848 brachte auch hier eine Wandlung. Dem der konstitution-nellen Monarchie war es kein weites Schrit mit Demokratie. Deutschland ist diesen Weg nicht gegangen. Die Wogen der Geschichte gingen über jeden Rettungsversuch hinweg, und das deutsche Volk fand sich in einer neuen Staatsform zu erspriehtlichem Arbeiten zusammen.

Hermann Pinnow, dessen erstes und geförntes Buch den Versuch darstellt, die deutsche Geschichte von der Arbeit des Volkes her zu überdenken, sieht in dem heutigen Streben nach dem deutschen Einheitsstaat die Verwirklichung des demokratischen Gedankens. Aber nur die form schafft keine, die vom Geiste erfüllt ist. Und so ergibt sich als Ausblick seiner „Deutschen Geschichte“ die Aufgabe, den Staat von Weimar mit Geist zu erfüllen, ihn immer tiefer in Volkswußtsein zu verankern, so dem zu machen, was es sein soll, zu einem wahren Volkstaat aller Deutschen und deutschfühlenden Menschen, die ein Ziel vor sich haben.

Dr. Paul Herzog.







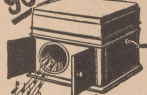
Verlangen Sie noch heute, da zu Ihrem Vorteil, unsern Hauptkatalog mit ausführlicherem Weihnachtsgutbot kostenlos und franko. Wir liefern

**Bücher** aller Wissensgebiete zu Originalpreisen, ohne Erhebung eines Teillieferungsrechtes, **4** in 1 Monatszahl von 10 Reicheln Sie unsere Gelegenheitsangebote, auch über interessante Lektüre. Ferner liefern wir **Bücherschränke** auch zusammensetzbare auf Wunsch i. jed. Farbe gebeizt i. tadelloser Ausführung zu gleich einst. Zahlungsbef.

**Buchhandlung**  
**Blal & Freund**  
Bertha 842, Abt. 165  
Ogegründet 1864



90000 zufriedene u. dankbare Kunden



**Edelton**

**Die Spitzenleistung**

der deutschen Sprachmaschinen-Industrie.  
Preis ab Fabrik nur 78 Mark. — 1 Jahr Garantie.

**Ohne Anzahlung — 2 Mark wochentar**

Rückzahlungrecht innerhalb 5 Tagen

**Leo Heinrich**, Sprachmaschinen-Fabrik „Edelton“  
Berlin N 05, Lyanstraße 5-5  
**Schallplatten** (Weltmarken) gr. Auswahl, bequemste Zahlungsweise. Preisab. 90% in u. franko.

**1111** gar. sehr schöne tadellose **BRIDGEMARKEN** wobl. Samml. u. wobl. Karollen u. viel. and. sehr. Ländl. i. u. N. 2,95 u. Post. per Nachn. Preisab. gratis. **RUD. ROHR**, Berlin N 18/14, Rosener 184

**Alteinste Oldenburger Tafelbutter** (Markenbutter) pasteurisiertem Rahm, verwendet täglich frisch in Postpak. von 6 und 9 Pfd. i. d. 1- od. 1/2 Pfd.-Stücken verp. geg. Nachnahme z. Tagespreis.

Erste Buttfabrikerei Molkerei Gen. Ruhwärders 13. (Oldbg.)

**Nöbel-Hamerlins**  
N. Kastanienallee 56  
Bismarckswahl. Zahlungsrückzahlung 4 %

**Nur Beamten und Festbesoldeten**

liefern wir seit 1884 dir, ab unserer Fabrik

**Oberbetten, Unterbetten, Plumeaus und Kissen, Bettfedern und Daunens**

strenge verträglich ohne Anzahlung gegen 9 Monate Ziel und monatliche Raten. **Erste Rate 1 Monat nach Lieferung.** Jedes Bett wird für jeden Kunden nach größtmöglicher Wahl besonders angefertigt.

**Andersverfüllte Ware ist kein wirsich!**

- LA. amt. notarieller Bestätigung:
1. Über 400.000 Kunden in mehr als 10000 Orten.
  2. Über 100.000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
  3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am gleichen Preise nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.

KÖLN 149, Trierer Straße 13.  
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.  
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

**RHEINGOLD**

**Silberbestecke** und Tafelbestecke mit 100 in Fein- silberausf. — 5 Tage zur Ansicht, 6-18 Monate Kredit. Die neuen rasigen Modelle „Gruga“, „Noboko stülten“, „Fischer“ sind jetzt lieferbar.

Zur Einführung Werbepreise  
Verlang. Sie unverk. Katalog.  
Rheingold - Silberwaren - Gesellschaft, W. A. Koenig & Co., Mettmann (Eckh.), Schließf. 4.



**Stragulateppiche**  
Läufer und Stückware, billige, 10% Beambenrabatt, franko Lieferung ohne Anzahlung, monatlich RM 10.- Mietpreisbillet, auf Wunsch auch Linoleum, franko auf 5 Tage. **Otto Sachau**, Linoleumgroßhandlung, Klanskera 209.

- Jetzt ist der Mosewein billiger!**
- 1.00 Liter, 8/10 od. 10er Kiste
  - 30er Moseweiner 0,85
  - 30er Gläserweiner Küsbjerg 0,85
  - 30er Schwarze Katz 1,30
  - 30er Kabiner/Goldenlay 1,40
  - 30er Oberster Richard 1,20
  - 30er Pilsporter Pilsner (natur) 1,50
- auch wein. Ferner Rotwein 1.00, Tischwein 0,75, Glas. Ichweine oder 0,50 p. Fl. 80f. Bestellen u. Preisliste verlangen. Laufende Abrechnungen. Teillieferung! Weinhändler Schmalzgen, Bernstraße 69 (Mittel).

**Preisabbau**  
in Herren-, Spiele- u. Schlafzimmern, Küchen, Einzel- und Stoffmöbel.

**Einmalige Gelegenheit:**  
1 vollständiges Schlafzimmer schwerer Eiche nur **RM. 650.-**

**Möbelhaus Lindemann** bormals Bergmann.  
Seit 40 Jahren Berlin NO 43, Gollnowstr. 28/29.  
Wohnung: 4 Schlafzimmer; Wohnung:

**Kronen-Lampen**  
und alle elektrische Artikel kaufen Sie am billigsten auf Teillieferung und direkt aus der Fabrik

**Gustav Baum & Co., Berlin 50, Köpenicker Straße 75**



**Neubau- Wohnungen**  
Nähe Schönhauser-, Frenzlauer Allee  
**1 1/2 Zimmer-Wohnungen**  
Besichtigung: Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 1-2 Uhr, Sonntag 10-2.

Vermietungs-Büro: Varshager, Ecke Wislwyer Straße; sofort vermietet und bezahlbar.

**Tempelhof: Blanke Helle**  
Straßenbahn-Haltestelle Linie 60  
**1 1/2, 2- u. 2 1/2 Zimmer-Wohnungen**  
Besichtigung: Täglich 1-6 Uhr, Sonntag 10-1 Uhr

Vermietungs-Büro: dortselbst, Wittkeindstraße 64; per sofort zu vermieten.

**Lankwitz: Nähe Kaiser-Wilhelm-Str.**  
**1 1/2 u. 2-Zimmer-Wohnungen**  
Besichtigung: werktäglich 1-6 Uhr.  
Vermietungs-Büro: dortselbst, Renneweg 13; per sofort zu vermieten.  
Größere Wohnungen später.

Grüner Neubauschein erforderlich. Sämtliche Wohnungen sind mit neuzeitlichem Komfort (Zentralheizung, Warmwasser, mech. Waschküche) versehen.

**De-Ge-Wo**  
Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus, Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Berlin.

**Nur ein vollständiges Lexikon**

kann Sie in allen Lebenslagen beraten und Ihnen den Weg zum Erfolg weisen. Das einzige abgeschlossene moderne große Nachschlagewerk ist

**MEYERS LEXIKON**  
12 Bände (von A-Z) sofort lieferbar.  
Über 160000 Artikel mit 67000 Abbildungen in Text, 700 z. T. farbigen Bilderteile, 300 Karten u. Pläne, 350 Skizzen und Diagramme.

Schon für 3 RM. monatlich können Sie den neuen Meyer von uns beziehen. Prospekt u. Mustermappe 79 erhalten Sie **kostenlos**.  
Hier bitte abschneiden und ausgefüllt einsenden —

An den Hummel-Verlag, Berlin NW 6, 79 Karstraße 37  
Senden Sie mir sofort Mustermappe 79 „Meyerbilder“ u. ausführlichen Prospekt über Meyers Lexikon kostenlos u. unverbindlich.

Name: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_



**EIN GRIFF GENÜGT**

# GRATIS!

## H. C. Andersens Märchen

mit Einleitung von Prof. Dr. Edv. Lehmann u. den richtigen alten hübschen

**Illustrationen**  
von Wilhelm Pedersen



Die berühmten Andersens Märchen werden von allen Kindern verstanden, und doch zielen diese Geschichten, für Kinder erzählt, von Kindern gehört und gelesen, weit höher. Sie sprechen durch das Kind zu dem Erwachsenen, und durch ihren Scherz rufen sie den Ernst herbei. Der Gedanke, der dahinterliegt, wenn er am meisten scherzt, ist der, welcher die gesamte Dichtung der Romantik erfüllte — der Gedanke an zwei Welten, eine höhere und eine niedere, der Gedanken und der Wirklichkeit, das wahre Leben und das falsche.

### Diese Weihnachtsausgabe

**Andersens Märchen,**  
die der Verlag anlässlich des 125. Geburtstages des Dichters herausgibt, enthält alle die bekanntesten Märchen und wird in **24 Großheften** versandt. Jedes à 64 Seiten und gedruckt auf ausgezeichnetem, holzfreiem Papier und versehen mit etwa **400 Illustrationen.**

**Dieses Werk darf in keinem deutschen Heim fehlen** und der Verlag hat deshalb beschlossen, eine Riesenausgabe dieser Weihnachtsausgabe zu verteilen, so daß jeder Leser dieses Blattes **das ganze Werk gratis!** erhalten kann.

Wegen des billigen Drucksachenportos wird das Werk nach und nach, und zwar wöchentlich mit einem Großheft jedesmal versandt. Unsere reinen Portoauslagen betragen 8 Pfg. per Großheft. Nur diese geringe Ausgabe muß der Empfänger selbst bezahlen, also 24 Großhefte à 8 Pfg. = im ganzen für das ganze Werk Mk. 1,92, welchen Betrag wir bitten, per Nachnahme auf einmal erheben zu dürfen, wenn die Lieferung beginnt, weil die Nachnahmespesen sonst zu hoch werden.

Dieses Angebot kann nur durch die Post bedient werden, und ist für den Verlag nur 10 Tage bindend.

*Aber vergessen Sie nicht!*

*Der Coupon ist sofort einzusenden!*

**Gutschein.** A. 49

Für den Verlag nur 10 Tage bindend.  
(Gilt nur in Deutschland.)

An  
**Geflon-Verlag G. m. b. H.**  
Berlin SW 48.

Ich erbitte: H. C. Andersens Märchen in beschriebenen 24 Großheften gratis. Ich habe außer den Nachnahmespesen (30 Pfg.) nur wie angegeben 8 Pfg. pro Großheft für Porto zu bezahlen.

Andere Verpflichtung, übernehme ich nicht.

Name: .....

Adresse: .....

Bitte deutlich schreiben.  
Weder Marken noch Geld beilegen.